

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung. [2. Kammer]. 1909-1918 1917

8 (30.5.1917)

Amtliche Berichte

über die

Verhandlungen der Badischen Ständeversammlung.

Nr. 8.

Karlsruhe, den 30. Mai

1917.

==== Zweite Kammer. ====

5. öffentliche Sitzung

am Montag, den 21. Mai 1917.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

Mündliche Berichte der Budgetkommission und Beratung über

1. die Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite (Druckf. Nr. 6) sowie die einschlägige Petition (Druckf. Nr. 6a), Berichterstatter Abg. **Rebmann**;

2. den Gesekentwurf, den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1916 und 1917 betr. (Druckf. Nr. 2), Berichterstatter Abg. **Kopf**.

Am Regierungstisch: Minister des Innern Dr. **Freiherr von und zu Bodman** und Geh. Oberregierungsrat Dr. **Schneider**.

Präsident **Nohrhurst** eröffnet um 3/4 Uhr die Sitzung und gibt den Eingang eines Schreibens des Abg. Dr. **Koch** bekannt, in welchem dieser wegen Krankheit um Urlaub bittet.

Der Urlaub ist bewilligt.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Ziffer 1 derselben: Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über die Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite sowie die einschlägige Petition erhält zunächst das Wort:

Berichterstatter Abg. **Rebmann** (natl.):

Ich habe namens der Budgetkommission zu berichten über die Verhandlungen, die wir über die Vorlage der

Groß. Regierung über die Kriegskredite in der Kommission geführt haben. Es handelt sich um die beiden Kriegskredite, welche mit Gesetz vom 9. Februar 1915 im Betrage von 35 Millionen und mit Gesetz vom 24. Dezember 1915 im Betrage von 50 Millionen bewilligt worden sind. Im ganzen kommt also eine Bewilligung von 85 Millionen in Frage. Wir haben in der Kommission über die Gegenstände, die diesen Bewilligungen zugrunde liegen, beraten und gleichzeitig auch noch eine ganze Reihe von kriegs- und ernährungswirtschaftlichen Fragen, die nicht unmittelbar mit diesen Kriegskrediten zusammenhängen, in die Verhandlungen hineingezogen.

Nun ist nicht daran zu denken, daß bei dieser Gelegenheit ein Bild unserer gesamten Kriegswirtschaft gegeben werden kann. Dazu ist sie viel zu ausgedehnt; auch ist alles noch im Fluß, an keiner Stelle sind die Dinge in irgend einer Weise abgeschlossen. Aber einige Grundlinien lassen sich vielleicht aus diesem wirren Geflecht von durcheinander laufenden Bestrebungen und Verhältnissen herauslesen; in einigen Beziehungen sind diese zu einem gewissen Abschlusse gekommen.

Wir haben im Jahre 1870 den Krieg ohne eine wesentliche Beeinträchtigung unserer Ernährung oder der sonstigen Wirtschaft überstanden. Ganz anders ist das Bild, das wir heute haben. Der jetzige Krieg hat alles, die ganze Wirtschaft, auf den Kopf gestellt und geradezu revolutionär gewirkt. Der Bedarf der Seereswirtschaft ist ins Ungeheure gestiegen. Die Einziehung von ungeheuren Massen von Männern hat überall die Werkstätten entvölkert, hat das Feld von den Bebauern geleert. Dazu kommt die Abziehung durch England, die Neueinstellung unserer gesamten Wirtschaft in Kriegsindustrie und Handel. So ist zunächst eine Zeit der aller schwersten wirtschaftlichen Wirren über unser Volk gekommen. Wir haben mit steigenden Schwierigkeiten zu tun, die mehr und mehr auf Abhilfe drängen. Dazu kam weiter noch eine geringe Ernte an Getreide und eine

Fehlernte an Kartoffeln, die noch verschärft worden sind durch die ständig wachsende Absperrung von außen, die unsere Zuführen so viel als möglich abzuschneiden versuchte. Diese Schwierigkeiten spiegeln sich zunächst in ganz rapid steigenden Preisen wieder, denen man mit dem Mittel der Höchstpreise entgegenzuarbeiten suchte. Es zeigte sich aber bald, daß dieses Mittel versagte, und zwar deswegen, weil diese Höchstpreise bald von denjenigen, die es machen konnten, überboten wurden, und es zeigte sich dann, sobald wieder für irgend ein Produkt Höchstpreise festgesetzt wurden, daß es bald vom Markte verschwand, um auf den heimlichen Wegen des Kettenhandels, natürlich unter ungeheuerlichen Preissteigerungen, an diejenigen zu gelangen, die geneigt und in der Lage waren, wesentlich höhere Preise zu bezahlen, als sie der Staat in seinen Höchstpreisen vorgeschrieben hatte. So kamen neben diesen Überbietungen und dem Kettenhandel die häßlichen Erscheinungen des Wuchers auf der einen Seite und des Hamsterns auf der andern Seite, und das Ergebnis war eine tiefgreifende Unzufriedenheit in den breitesten Schichten unseres Volkes. Das war so ungefähr die Zeit unseres letzten Landtags. Wir haben ja auch in den damaligen Verhandlungen der Budgetkommission die Geister sehr hart aufeinander prallen sehen und dort im Kleinen ein Bild bekommen von der tiefgreifenden und vielseitigen Mißstimmung, die damals durch unser Volk gegangen ist.

Nachdem das Mittel der Höchstpreise als Allmittel für die wirtschaftlichen Nöte versagt hatte, ging man nun gründlicher vor. Man ging nämlich zu den Maßnahmen über, die wir heute unter Bewirtschaftung verstehen, zu der Beschlagnahme, Verteilung und Preisfestsetzung durch Organe der öffentlichen Verwaltung. Das ist in steigendem Maße geschehen und hat sich im großen und ganzen bewährt. Von dieser Bewirtschaftung, die durch das ganze Reich geschehen ist, mußte ein Teil von solchen Lebensmitteln ausgenommen werden, die sich wegen raschen Verderbs oder sonstiger Eigentümlichkeiten nicht dafür eignen, wie Milch, Butter, Eier, Kartoffeln. Diese sind den Einzelstaaten zur Bewirtschaftung oder Verfügung überlassen worden. Damit gingen die Bemühungen Hand in Hand, die Produktion mit allen möglichen Mitteln zu steigern.

Neben diesen öffentlichen Mißständen gingen noch Notstände in den Familien, in den Gemeinden und in einzelnen Industrien einher. Dagegen waren Maßregeln der aller verschiedensten Art zu treffen. Das Reich hat sofort mit einer großzügigen Familienunterstützung für die Familien derer eingeseht, die ins Feld gezogen sind. Die Kriegswirtschaftspflege, die Kriegswohlfahrtspflege und sonstige Organisationen, Staat und Gemeinde, dazu noch freiwillige und gemeinnützige Organisationen der verschiedensten Art, von denen man wohl in erster Linie das Rote Kreuz, den Badischen Frauenverein und andere nennen kann, haben sich der Sache angenommen. Im Ganzen ist also eine Hilfsaktion großartigsten Maßstabes ins Leben getreten und ein Zeichen glänzendster Organisationskraft. Man mag sich nun über Einzelnes noch so sehr entrüsten und darüber erzürnt sein, im Ganzen wird man sagen müssen, daß hier ganz Ungeheures geleistet worden ist. Erst eine spätere Zeit wird einmal in der Lage sein, das im Ganzen zu übersehen. Es ist heute schon meine Überzeugung, daß unsere Kriegswirtschaft mit zu den glänzendsten Leistungen unseres Volkes in seiner ganzen Geschichte gehören wird.

Aber damit sind wir noch nicht am Ende. Jeder Tag schafft uns wieder neue Bedürfnisse und neue Sorgen.

Und wir haben es erst vor wenigen Wochen erlebt, daß an einer empfindlichen Stelle, in der Versorgung mit Kohle, eine schwere Not, wie eine Katastrophe über uns hereingebrochen ist und uns vor eine der schwersten Fragen gestellt hat.

Wenn man sich nun fragt, wie das Volk selbst, das also hier zunächst nur Objekt der Handlung war, sich dazu gestellt hat, so kann man hier viel Licht aufzeigen, aber auch schwere Schatten, viel Fügsamkeit, viel guten Willen, sich in das Unvermeidliche zu fügen, auf der andern Seite aber auch lauten, manchmal sogar sehr lauten Widerstand und trotziges Sichaufbäumen gegen Dinge, die man doch nicht ändern kann. Man muß aber doch sagen, wenn man auch nur ein Jahr zurückblickt, so ist es im Ganzen besser geworden, einmal dadurch besser geworden, daß wir besser versorgt sind, und zweitens dadurch, daß doch breite Schichten des Volkes gelernt haben, sich ganz anders in die Notwendigkeit zu fügen, als das vom Anfang an geschah, wo eben auf den Druck sofort der Gegendruck reagiert hat. Man darf auch diese Äußerungen des Zorns und des Unmuts nicht alle gar zu tragisch nehmen.

Ich erinnere mich aus meiner Soldatenzeit, daß der Grenadier über den Unteroffizier räsionierte, der Unteroffizier über den Leutnant, der Leutnant über den Hauptmann, der Hauptmann über den Oberst, der Oberst über den General, und worüber der General räsionierte, weiß ich nicht; meine Bekanntschaften in diesen Kreisen sind zu wenig ausgedehnt. Aber das Räsionieren war sozusagen die Lebensluft, in die das ganze militärische Leben getaucht war. Das hat aber auch gar nichts zu sagen, solange bei dem Kommando „Stillgestanden!“ das Räsionieren ein für allemal aufhört und das Handeln und das Gehorchen anfängt. Solange es so geht, muß man mit gutem Humor auch eine recht ordentliche Portion vom Räsionieren vertragen können.

Auch hier werden wir ein gut Stück Kritik zu leisten und zu ertragen haben; aber überall muß man doch auch bei allen Fehlgriffen, die vorgekommen sind, immer und immer wieder den guten Willen, helfen zu wollen, anerkennen. Das müssen wir alle tun, und ich halte mich für verpflichtet, das hier zu sagen und den Dank und die Anerkennung der Groß. Regierung auszusprechen, die ein geradezu ungeheuerliches Maß von Arbeit geleistet hat bei einer ganz wesentlichen Verminderung der Zahl von Arbeitskräften. Wir haben unseren Dank auszusprechen den freiwilligen Organisationen, die an der großen Arbeit mitgewirkt haben; wir haben unseren Dank aber auch auszusprechen all den Männern und Frauen, die entweder für sich allein oder in irgend einer Vereinigung stehend mit unermüdlicher Ausdauer und Hingebung dem Wohl des Ganzen ihre Arbeit gewidmet haben, und ich muß auch hier wieder sagen: erst eine künftige Zeit wird uns zeigen, welche ungeheure Arbeit von all diesen geleistet worden ist. Daraufhin darf man wohl auch an der Hoffnung festhalten, daß wir durch diese Zeit hindurchkommen.

Ich wende mich nun sofort zu den Einzelheiten, die in der Kommission verhandelt worden sind; eine ganze Reihe von ihnen wird noch Gelegenheit zu Ausblicken weiterer Art geben.

Zunächst wird uns in Anlage Nr. 3 des gedruckten Berichtes die Verwendung der Familienunterstützungen nachgewiesen, die vom Reiche bewilligt worden sind. In Anlage 2 und in Anlage 4 ist die Verwendung derjenigen Kredite verzeichnet, die für die Gemeinden bestimmt sind. Hier handelte es sich im vorigen Landtag insbe-

sondere um die Not der Stadt Pforzheim, die wegen ihrer eigenartigen Industrie eine der ersten war, die unter den Kriegszuständen gelitten hat. Erfreulicherweise konnte uns jetzt mitgeteilt werden, daß in Pforzheim die Verhältnisse sich dadurch gebessert haben, daß es in bestimmtem Umfang Kriegslieferungen erhalten hat.

Eine zweite Gruppe von notleidenden Orten waren diejenigen, in denen die Geweblindustrie haust, die durch das Aufhören der Zufuhr in eine schlimme Lage geraten war. Auch hier haben sich die Verhältnisse gebessert und zwar nach zwei Seiten hin. Einmal ist anstatt der Baumwollfaser die aus Papier gemachte Faser verwendet worden, so daß jetzt die Spinnereien wieder größere Aufträge haben; zum andern Teil ist der Not abgeholfen worden durch die Gründung von Gemeindeverbänden für die Erwerbslosenfürsorge. Diese Gemeindeverbände sind so eingerichtet, daß das Reich $\frac{3}{10}$, der Staat $\frac{1}{10}$, die Gemeinde $\frac{5}{10}$ und die Arbeitgeber $\frac{1}{10}$ Beitrag zu leisten habe. Außerdem ist aus diesem Posten noch eine größere Anzahl von Beihilfen gegeben worden, wie aus den Verzeichnissen zu entnehmen ist, die ich erwähnt habe.

Die Lage der Beamten hat durch die Verhandlungen, die am Freitag und am Samstag hier stattgefunden haben, ihre Erledigung gefunden. Noch zu erwähnen bleibt, daß unter Ordnungszahl 3 und 4 der Nachweisung in Drucksache Nr. 6 die Unterstützung derjenigen nichtetatmäßigen Beamten erwähnt worden ist, die zur Zeit ins Heer einberufen, aber noch nicht, oder zufällig zur Zeit ihrer Einberufung nicht mehr in einer bezahlten Stelle waren. Deren Lage ist überaus trüb; sie erhalten vom Staat keine Bezahlung und sind zum Teil schon im dritten Jahre draußen. Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß diesen Beamten ergiebige Hilfe von Seiten des Staates zuteil werden solle.

Zu den notleidenden Beamten gehören in einem gewissen Sinn auch unsere Bürgermeister und unsere Ratschreiber, und über sie ist in der Kommission eingehend gesprochen worden. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß diese Organe der öffentlichen Verwaltung in einem ganz ungewöhnlichen Maße mit Kriegsarbeiten belastet worden sind. In der Tat sind die Bürgermeister und Ratschreiber diejenigen, auf denen letzten Endes die Arbeit lastet, diese sitzen vor dem Papier, was ihnen die Post alle Tage in reichlichster Fülle auf den Tisch bringt. Es ist nicht bloß Arbeit, die die Verwaltung der Gemeinde macht, sondern es wird in weitestgehendem Maße ihnen Arbeit vom Staat aufgelegt; sie sind zu einem wesentlichen Teile heute nicht mehr ausschließlich Organe der Gemeindeverwaltung, sondern sie sind Organe der Staatsverwaltung. Schon bei früheren Gelegenheiten Klagen darüber gehört, daß die Entlohnung der Bürgermeister, besonders in manchen Landgemeinden, mit dem Maß ihrer Arbeit aber auch in gar keinem richtigen Verhältnis mehr steht. Das hat sich natürlich durch den Krieg nach allen Richtungen hin verschärft: die Arbeit dieser Organe hat sich verzehnfacht — nicht dasselbe aber kann man von dem Einkommen der Bürgermeister sagen. So ist denn der Wunsch allgemein gewesen, daß hier Abhilfe getroffen werde.

Nur haben wir hier ein Karussellspiel erlebt. Der erste Redner hat gesagt: das ist Sache des Staates, der Staat soll zahlen weil für ihn die Überarbeit zu leisten ist; darauf hat der Herr Minister gesagt: der Staat kann das nicht, der Kosten wegen und dann hat es auch in anderer Richtung

keine Folgen, der Kommunalverband möge es machen; daraufhin hat ein Redner ausgeführt: daß der Kommunalverband das übernehme, gehe nicht an, dem könne man das nicht zumuten — also solle der Staat es machen. Wir sind also zu einem bestimmten Ergebnis nicht gekommen. Erfreulich ist, daß das Bedürfnis allgemein anerkannt wurde. Der Herr Minister hat erklärt, daß er eine bestimmte Zusage noch nicht geben könne, daß aber die Frage wohlwollend geprüft werden solle. Als ein möglicher Ausweg ist es jedoch bezeichnet worden, daß eine Aversierung für bestimmte Arbeiten eintrete; das wäre etwas, was schon in nächster Zeit gemacht werden könne, sodas die Möglichkeit gegeben wäre, dem schwersten Übelstand noch während des Kriegs abzuwehren. Aber ich stehe nicht an, auch hier zu sagen, daß wir eine Pflicht zu erfüllen und der von den Bürgermeistern während dieses Krieges geleisteten Arbeit volle Anerkennung zu zollen haben — auch da, wo sie einmal mißmutig geworden sind.

Von unmittelbaren Kriegsschäden haben wir in unserem Lande glücklicherweise nur eine Gruppe, das sind die Fliegerschäden einer Reihe von Städten, insbesondere in Karlsruhe und in Freiburg. Die Schadensbeträge sind sehr verschieden: während sich in Karlsruhe der Betrag auf eine Viertel Million rund stellt, dürfte der neueste Fliegerschaden in Freiburg allein weit über eine Million Schaden angerichtet haben. Dieser Not stehen wir vom gesetzlichen Standpunkt aus hilflos gegenüber; es fehlt vorläufig oder hat gefehlt die gesetzliche Grundlage für die Entschädigung von Fliegerschäden. Die Grob. Regierung hat sich damit geholfen, daß sie im Laufe des Jahres 1915 Richtlinien ausgearbeitet hat, nach denen eine Vorentscheidung eintreten soll. Diese soll aber nur dann gewährt werden, wenn ein Bedürfnis vorliegt, also im Fall besonderer wirtschaftlicher Notlage. Darnach wird auch die Summe der Vorentscheidung bemessen. Der Gesamtbetrag von 34 000 M. ist dementsprechend nicht besonders hoch. Unterdeß ist dann im Reich ein Feststellungsgesetz geschaffen worden, das aber doch nur erst die Vorbedingungen für die Entschädigungen festlegt. Und nun ist das Dilemma da zwischen den gesetzlichen Vorschriften und der allgemeinen wohlbegründeten Empfindung, daß hier Kriegsschäden vorliegen, für die die Allgemeinheit aufzukommen hat. Da hat zu Mißständen geführt. Die entstandenen Schäden mußten natürlich so bald als möglich wieder hergestellt werden. Nun sind aber Handwerker da, die nicht zu ihrem Geld kommen können, weil die Hausbesitzer der Meinung sind, daß hier der Staat einzugreifen habe.

Es ist nun der Vorschlag gemacht worden, wir sollten so verfahren wie in Württemberg, wo die Staatsbrandkasse die Entschädigung übernommen hat. Von der Grob. Regierung ist erklärt worden, daß das nicht geschehen könne; die Brandkasse sei nicht in der Lage, das große Risiko zu tragen. In der Kommission war Übereinstimmung dahin, daß das in Baden in besonderen Fällen bezahlte Drittel an Vorentscheidung ganz ungenügend ist und daß der Staat mit größeren Mitteln eingreifen müsse. Die Grob. Regierung hat auch eine wohlwollende Förderung zugesagt und die Kommission hat daraufhin den Antrag angenommen, die Zweite Kammer wolle die Regierung ersuchen, Mittel flüssig zu machen, aus denen für Fliegerschäden rasch und in möglichst weitem Umfang Vorentscheidung geleistet werden kann.

In das Gebiet der Produktionsförderung gehört die Verwendung von Mitteln zur Hebung der Anschaffung von landwirtschaftlichen Ma-

schinen; man hat das gebilligt. Die Zahl der neu angeschafften Maschinen ist ansehnlich; so sind z. B. im letzten Jahre 221 Sämaschinen, 208 Mähmaschinen und noch eine Reihe von weiteren Maschinen, allerdings aber in kleiner Zahl, angeschafft worden. Man erhofft daraus nicht nur eine augenblickliche Steigerung der Produktion, sondern auch einen rascheren Schritt nach vorwärts in dem Ausbau des maschinellen landwirtschaftlichen Betriebes, in dem manche Gegenden unseres Landes noch im Rückstande sind.

In dieselbe Richtung gehört auch die Kultur der Südländereien. Hier sind die Besprechungen ausgegangen von dem Wunsche, daß die Kultivierung des Rieds, das zwischen Donaueschingen und Pföhren liegt, nunmehr in Angriff genommen werden solle. Es ist das eine Fläche von 1000 ha, die mit einem Kostenbetrag von etwa 400 000 M. in Kulturland umgewandelt werden könnte. Die Regierung hat bei früheren Gelegenheiten schon einen Zuschuß zugesichert; doch können die beteiligten Gemeinden das, was dann noch zu leisten ist, nicht aufbringen. So wird also die Großreg. Regierung um einen höheren Zuschuß gebeten; auch wird sie um Ausführung der Vorarbeiten gebeten. Dem gegenüber wird darauf aufmerksam gemacht, daß man im Kriege wegen des Mangels an Arbeitskräften die Arbeiten selbst nicht vornehmen könne; doch wird der Regierung nahegelegt, nunmehr, da die Frage von dem allgemeinen Gesichtspunkte der Produktionssteigerung aus als dringlich anzuerkennen sei, so bald als möglich, also schon während des Krieges eine Zusammenstellung sämtlicher im Lande befindlichen Südländereien zu veranlassen, damit dann gleich nach dem Krieg ein Plan für diese Arbeit aufgestellt und so bald als möglich mit den Arbeiten selbst begonnen werden kann. Gefordert aber wurde, daß diese Arbeit nicht mit Privatkapital, sondern aus öffentlichen Krediten gemacht werden solle. Von einer Seite wurde auch geklagt, daß im Mittelrand Felder noch brach liegen und gefordert, daß mit deren Inbetriebsetzung so bald als möglich vorwärts gemacht werden solle. Demgegenüber wird entgegnet, daß Baden der erste Staat gewesen ist, der gesetzliche Bestimmungen getroffen hat um die Bewirtschaftung von Brachland zu fördern, nötigenfalls zu erzwingen und den Besitzern abzunehmen. Dieser Versuch ist gelungen. Es war noch ein Gebiet in der Baar oben, auf dem Dreifelderwirtschaft mit ihrem Brachjahr betrieben wurde: die Brache ist dort jetzt beseitigt worden. Für eine ausgedehnte Inangriffnahme dieser Arbeiten reiche aber die Zahl der Gefangenen, die dafür verfügbar wären, nicht aus; die Arbeiten selbst müßten also bis auf einen Zeitpunkt nach dem Kriege verschoben werden.

Und nun kommen wir zu dem Kapitel der Kriegsgesellschaften. Der Versuch, über ein so ungeheures Gebiet wie das Deutsche Reich die Privatwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft zu ersetzen, und mit der Plöcklichkeit, mit der es geschehen mußte, hat in den letzten zwei Jahren unsere Aufmerksamkeit aufs Lebhafteste in Anspruch genommen. Der Umfang dieser Kriegsgesellschaften ist außerordentlich groß; es sind jetzt über 300; ihr Umsatz geht in die Milliarden. Es kann auch nicht entfernt versucht werden, ihre gesamte Wirtschaft darzustellen; dazu ist auch hier alles noch viel zu sehr im Fluß, jeder Tag bringt wieder neue Schritte. Wir müssen uns an einzelne Erscheinungen halten. Wir müssen uns aber klar sein, daß, wenn uns die Kriegsgesellschaften in vielen hundert Fällen zunächst von ihren unangenehmen Seiten bemerk-

bar geworden sind und wenn die Fehler, die sie gemacht haben, viel Staub aufgewirbelt haben, wir doch nicht verkennen dürfen, daß sie eine große Arbeit geleistet haben. Auch hier gilt wieder: wo tiefe Schatten sind, sind die Vorbedingungen dafür gegeben, daß auch viel Licht ist. Das wird uns jetzt im Augenblick nicht so ganz klar, vor allem wird uns nicht klar, daß ohne die Tätigkeit dieser Kriegsgesellschaften wir schlechterdings nicht sagen könnten, wie wir unsere ganze Ernährung und unsere sonstige Wirtschaft im Kriege hätten fortführen können. An den Gedanken muß man sich immer und immer wieder halten, auch bei der schärfsten Kritik, die zu üben wir nicht bloß berechtigt, sondern geradezu verpflichtet sind. Was diese Gesellschaften geleistet haben, hat in seltenen Fällen befriedigt; aber man hat sich selten klar gemacht, daß sie nicht mehr leisten konnten. Wenn für den Augenblick von einem bestimmten Lebensmittel nicht mehr vorhanden war und nicht mehr beschafft werden konnte, so hat der, der am letzten Ende sitzt, davon nichts verspürt als das, daß er zu wenig erhalten hat; aber daß nicht mehr beschafft werden konnte, hat er entweder nicht geglaubt oder es war ihm nicht klar zu machen. Der Zorn darüber, daß er nichts erhalten hat, ist natürlich in voller Wucht über die Kriegsgesellschaft niedergegangen. In weiten Kreisen hat man zweifellos die Schwierigkeiten unterschätzt, gegen die sie zu kämpfen und unter denen sie zu arbeiten hatten.

Dagegen gibt es auf der anderen Seite wieder berechnete Klagen, deren Abstellung zu fordern wir ein gutes Recht haben: Man hat geklagt über verschwenderische Wirtschaft, über die großen Gehälter, die sie bezahlen, man hat es peinlich empfunden, daß sie teuerste und größte Hotels zu ungeheuren Preisen gemietet und für ihre Zwecke verwendet haben; es sind einzelne Fälle von nicht zu rechtfertigender Geldmacherei vorgekommen, trotzdem doch festgesetzt war, daß die Kriegsgesellschaften gemeinnützige Veranstaltungen sein sollten. Eine besonders üble Rolle haben die Interessenten gespielt, die in diese Kriegsgesellschaften hineingekommen sind, sei es als Mitarbeiter oder als Sachverständige; es ist in vielen Fällen der Verdacht laut geworden, daß sie ihre Privatinteressen und das öffentliche Interesse, dem sie an dieser Stelle dienen sollten, nicht immer in der wünschenswerten Weise auseinander gehalten haben. Es ist auch geklagt worden, daß sie in einzelnen Fällen die Geschäftsverhältnisse ihrer Konkurrenz ausgeschmüffelt haben und was derartiger Beispiele mehr sind, die sich leicht vermehren ließen; es werden ihrer einzelne wohl in diesen Erörterungen noch angeführt werden.

Für unser Land aber sind besonders zwei Punkte von allgemeiner Bedeutung: es ist hier Klage erhoben worden, daß unser Land bei der Schaffung von neuen Kriegswirtschaften zu kurz gekommen sei; Bayern sei schon viel besser gefahren, aber noch viel besser Norddeutschland. Es ist in diesem Zusammenhang gesagt worden, daß sich eine wesentliche Verschiebung des Vermögens oder der Vermögen vom Süden nach dem Norden des deutschen Reiches vollzogen hat, eine Verschiebung, die uns natürlich nicht gleichgültig sein kann, da sie den künftigen Ausbau unserer Wirtschaft zu hemmen und zu schädigen imstande ist. Wir sehen es ja auch an der Klage, die aus Freiburg kommt, wo im Gegensatz zu anderen Städten die Steuerkapitalien zurückgegangen sind, und die Stadt Freiburg in erhebliche Not und Ungelegenheit gekommen ist. Das ist um so übler, als diese Kriegswirtschaften zwar Schöpfungen des Augenblicks sind, aber ihrer ganzen Anlage, ihrer

Bedeutung, ihrer Größe nach auch in die Friedenszeit hinein bleiben werden, so daß dadurch eine bleibende Verschiebung der Industrie vom Süden nach dem Norden zu unserem Schaden erfolgen wird. Erfreulich ist, daß die Mannheimer Handelskammer hier eingegriffen und erfolgreich eingegriffen hat. Zum Zweiten wird geklagt, daß unser Land mit Kriegslieferungen nicht ausgiebig genug bedacht worden sei.

Diese Klagen sind zumteil als berechtigt anerkannt worden. Auch die Groß. Regierung hat anerkannt, daß bei der Neuheit der Aufgaben, bei der Größe der Aufgaben, bei der Hast der Organisation Fehler fast unvermeidlich gewesen seien; aber sie hat mitgeteilt, daß man jetzt fest an der Arbeit sei, diese Fehler so viel als möglich abzustellen. So werden jetzt die Angestellten, auch die Direktoren der Kriegsgesellschaften mit festen Gehältern entlehnt, sie haben keinerlei Nebenbezüge, so daß das Geschäft, dem sie dienen, ihnen keinerlei Vorteil bringen kann. Die Höhe der Gehälter ist vom Reiche festgesetzt. Die Geschäftsführung wird scharf beaufsichtigt, und Geschäftszusammenlegung und Vereinheitlichung werden angestrebt und werden auch erfolgen. Überschüsse sollen nicht erwirtschaftet werden; wo sie aber doch erwirtschaftet werden, sollen sie dem Reiche zufließen. Die Mitarbeit von Interessenten könne nicht entbehrt werden. Wir haben ja früher bei den verschiedensten Gelegenheiten immer den Ruf nach dem Fachmann gehört, und jetzt, wo der Fachmann an der Arbeit ist, sehen wir, daß auch die Erfüllung dieses Verlangens Schattenseiten haben kann.

Was die Heereslieferungen anbelangt, so wird auch zugegeben, daß wir da im Anfang des Krieges wenigstens zu kurz gekommen sind. Es kommt dann als weiteres Übel noch hinzu, daß bei den Kriegsgesellschaften im Laufe der Zeit der rein mündliche Verkehr sich eingeführt hat, und daß das, was man sich sonst ja wohl als Vorteil bei der Geschäftsabwicklung verspricht, nun hier zum Schaden ausgeschlagen hat. Man hat die Erfahrung gemacht, daß man die längsten oder auch die kürzesten und dringendsten Briefe an die Gesellschaften schreiben kann, und daß sie alle miteinander unbeantwortet liegen bleiben. Das hat dazu geführt, daß auch der badische Staat in Berlin eine Auskunftstelle eingerichtet hat, die von allen Beteiligten als segensreich empfunden wird, und deren Tätigkeit sehr gelobt wird. Ferner haben die Klagen über die Ungleichheit bei Vergebung der Kriegslieferungen dazu geführt, daß von reichswegen eine Verteilungsstelle für die Bundesstaaten eingerichtet worden ist. Die Folgen davon haben sich schon fühlbar gemacht, unser Land hat in steigendem Maße Lieferungen bekommen, und heute ist unsere badische Industrie voll beschäftigt.

Im Zusammenhang damit steht die Klage über Kriegswucher und Kettenhandel. In dieser Beziehung will ich nur darauf aufmerksam machen, daß in Anlage 5 des gedruckten Berichts zum Gegenstand der heutigen Verhandlung die Tätigkeit des von der badischen Regierung eingerichteten Landespreiskameres beschrieben ist. Es ist hier in Karlsruhe errichtet und besteht aus drei Abteilungen, einem Kriegswucheramt, einem Kohlenbureau und einer Ersatzmittelabteilung. Nach den Mitteilungen, die hier gemacht sind, hat das Kriegswucheramt schon erhebliche nützliche Arbeit geleistet. Man kann ihm nur jeden nur denkbaren Erfolg wünschen, kann ihm aber vor allem auch wünschen, daß es so kräftig als möglich von den Gerichten unterstützt wird. Hier darf das Verlangen ausgesprochen werden, daß Gerichte über den scharfen Buchstaben des Gesetzes hinaus von dem Geist

und der Not der heutigen Zeit sich leiten lassen. Ich bin der Meinung, daß hier die Not der Zeit den Buchstaben des Gesetzes brechen und neues Recht schaffen müßte; das würde durchaus dem gerechten und gesunden Volksempfinden entsprechen. Höher als der Buchstabe steht der Geist. Auch handelt es sich nicht bloß um materielle Not, sondern, was noch viel wichtiger ist, um moralische Not, in die wir hineingekommen sind durch das Überhandnehmen des Kriegswuchers. Es steht hier kostbarstes Gut auf dem Spiel, vor allem die Staatsautorität und die öffentliche Moral. Gar zu oft ist schon das böse Wort gefallen: Den Kleinen hängt man und den Großen läßt man laufen und zwar nicht deshalb, weil man ihn nicht fassen kann, sondern nicht fassen will.

Die zweite Abteilung ist das Kohlenbureau, die dritte die Ersatzmittelabteilung. Hierzu wird mitgeteilt, daß die schlechten Ersatzmittel mit dem 1. April aus dem Verkehr verschwunden sein dürften. Ich darf da vielleicht ein kleines Fragezeichen dahintermachen (Zuruf: Ein großes!) Meine eigenen Erfahrungen zeigen mir, und ich bin bereit, dafür auch die Objekte auf den Tisch des Hauses niederzulegen, wenn es notwendig ist, daß auch heute noch Ersatzmittel der allerfragwürdigsten Art verkauft werden.

In engem Zusammenhang mit der Beschaffung der Lebensmittel steht deren Verteilung. Die Verteilung der Lebensmittel ist heute zweifellos in ruhigeren Bahnen, als sie sich noch vor Jahresfrist befand. Vor Jahresfrist standen wir noch im Zeichen der Polonaisen, die bei Wind und Wetter gestanden werden mußten. Diese Polonaisen haben heute so gut wie vollständig aufgehört also ein Zeichen dafür, daß die Verteilung besser geordnet worden ist. An einzelnen Stellen freilich haben sie auch deswegen aufgehört, weil nichts mehr oder viel weniger zu verteilen war. Aber immerhin, Behörden und Publikum haben beide gleichmäßig gelernt und wesentliche Klagen sind stiller geworden. Die größte Schwierigkeit bei der Verteilung ist freilich, was ich schon erwähnt habe, daß wir nicht mehr zu verteilen haben, und der Ärger über die Tatsache, daß wir nicht mehr zu verteilen haben, richtet sich, wie ich das auch schon gesagt habe, gegen die Verteilung selbst und vielfach auch gegen die Verteiler. Das sind Dinge, die wir zu ertragen haben.

Anderer Mängel aber liegen offenkundig da. Ob sie behoben werden können, weiß ich nicht. Zunächst ist es die Erfahrung, daß die Kommunalverbände mit viel zu großen Zahlen rechnen. Es ist im Karlsruher Bürgerausschuß mitgeteilt worden, daß in Karlsruhe allein etwa 20 000 Brot- und Lebensmittelkarten unberechtigter Weise laufen. Das ist eine große Zahl. Dieselbe Erscheinung zeigt sich aber nun in allen großen Städten. Von Berlin liest man in den Zeitungen, daß diese Schwierigkeit ins Ungeheuerliche gewachsen ist. Wenn man dem ins Einzelne nachgeht, findet man, daß vielleicht das Zusammenarbeiten zwischen Polizei und Kommunalverband nicht ganz so ist, wie es sein sollte, daß die Ab- und Anmeldungen nicht rasch und sicher genug hin- und hergehen. Es kommen Todesfälle vor, es kommen Einberufungen vor, es kommen Abwanderungen vor, die nicht zur Kenntnis des Kommunalverbandes gelangen, und das durch Jahr und Tag fortgesetzt liefert eben die großen Zahlen, die ich eben angegeben habe. Wie diesem Mißstand abzuwehren ist, das weiß ich nicht, und scheint auch für diejenigen, die an der verantwortlichen Stelle stehen, eine überaus schwierige Aufgabe zu sein.

Viel Born hat sich auch erhoben, weil Nahrungsmittel verteilt worden sind, die nicht für die ganze Bevölkerung

gereicht haben. Die Hilfe dagegen wird darin bestehen, daß man derartige Nahrungsmittel nicht an die ganze Bevölkerung verteilt, sondern nur an Anstalten.

Ein zweiter schwerer Mißstand hat sich ergeben durch die Erklärungen als Schwer- und Schwerstarbeiter. Eine Durchsicht der Listen hat gezeigt, daß merkwürdige Leute unter den Schwerstarbeitern stehen. Man hat besonders geklagt, daß die Militärbehörde alle ihre Schreiber als Schwer- und Schwerstarbeiter habe eintragen lassen, wobei man wohl die Fürsorge der Militärbehörde für ihre Untergebenen verstehen kann, nicht aber die Bereitwilligkeit, mit der die Kommunalverbände diese Anträge entgegengenommen haben. Jedenfalls ist das ein schwerer Mißstand. Es wird auch versucht, dem abzuwehren und zwar im Einvernehmen mit Vertretern der Arbeiterschaft. Es ist ein Ausschuß von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet worden, der über die Anerkennung als Schwer- und Schwerstarbeiter zu befinden hat. Dabei ist uns mitgeteilt worden, daß in Baden 20 000 Schwerstarbeiter und 100 000 Rüstungsarbeiter sind.

Eines von den Mitteln, diesen Mißständen abzuwehren, ist Volksaufklärung. Unter Ordnungszahl 19 der Nachweisung ist ein Posten angefordert, der dieser Volksaufklärung durch Verbreitung einer Schrift dienen soll. Wir haben im vorigen Landtag die dringendsten Beispiele dafür erlebt, wie notwendig eine derartige Aufklärung ist. Es sind damals die Gegensätze zwischen Stadt und Land auch in der Budgetkommission sehr scharf aufeinander geprallt, und es war damals im Lande eine Stimmung verbreitet, die in der Tat eine öffentliche Gefahr war. Der Städter war erbost auf den Landwirt, der angeblich in Butter und Milch und Eiern schwelgt und sie boshafterweise dem Städter vorenthält; und die Landleute waren empört über die Städter, die sie als Nichtsteuer anfahren, von der Schwere und Bedeutung des landwirtschaftlichen Berufs keine Vorstellung haben. Kurzum es waren Anzeichen einer tiefgreifenden und gefährlichen Verstimmung vorhanden. Demgegenüber hat nun eine weitgehende Aufklärungsarbeit eingesetzt, und dieser und vielen privaten Bemühungen, auch von Lehrern, Geistlichen usw. ist es gelungen, die Mißstimmung zu lindern. Man darf heute mit Freude und mit Genugtuung sagen, daß die Spannung zwischen Stadt und Land im wesentlichen verschwunden ist. Der Städter hat gelernt, die Bedeutung des Bauern zu schätzen, er hat einen Einblick bekommen in die Härte und Schwere dieser Arbeit, die getan werden muß von Greisen, Kindern und Frauen. Der Bauer seinerseits hat eine Ahnung davon bekommen, daß hinter den glatten Mauern der Stadt unendlich viel Not herrscht, und daß, wenn er die Städter in guten Kleidern umhergehen sieht, das nicht eitel Uppigkeit ist, daß hinter den glänzend ausgestatteten Schaufenstern unserer Kaiserstraße in den allermeisten Fällen leere Regale stehen, auf denen nichts mehr zu haben ist. Einer hat also des Andern Not und Sorge kennen gelernt, und wir haben jetzt bessere Verhältnisse

Vielleicht das beste und beweiskräftigste Zeichen dafür ist die Tatsache, daß heute in weitem Umfang städtische Kinder auf das Land gebracht und von der Landbevölkerung aufgenommen werden. Das ist ein Vorgang, der jedem, der für unsere Jugend ein Herz hat, das Herz warm macht. Ich möchte hier der Landbevölkerung den herzlichsten und wärmsten Dank dafür aussprechen. Ich glaube, sie wird den Dank bekommen in den roten, runden Wangen und den glänzenden Augen, mit denen die Stadtkinder wieder von ihnen weggehen; sie wird

aber auch finden, daß diese Stadtkinder zu ebenso vielen Agitatoren werden, die nun ihrerseits das Verständnis für ländliches Wesen und ländliche Arbeit in die Städte hineintragen.

Unter den Kriegsnöten haben auch einzelne Arbeitergruppen schwer gelitten. Von den Textilarbeitern war schon die Rede. Ausführlich ist die Lage der Tabakarbeiter besprochen worden, die dadurch in Not geraten sind, daß das Generalkommando eine weitgehende Beschränkung der Arbeitszeit verfügt hat. Diese Verfügung, die nicht für die großen Städte gilt, wird dadurch noch verschärft, daß die Bürgermeister auf dem Lande mit Rücksicht auf die Landarbeit noch bestimmte weitere Beschränkungen festsetzen können. Von der Regierung ist mitgeteilt worden, daß solche Tabakarbeiter, die wegen Einschränkung der Arbeitszeit erwerbslos geworden sind, zu den Reichsunterstützungen noch Zuschüsse vom Staate erhalten können. Andererseits ist aber auch verlangt worden, daß der Tabakbau mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Erzeugung von Lebensmitteln noch weiter eingeschränkt werden soll, und daß die Einfuhr von Tabak zu fördern ist. Ferner wurde angeregt, man solle die 100 000 Arbeiter, die in den letzten Jahren zur Tabakindustrie hingeströmt sind, wieder der Landwirtschaft zuführen, dann würden Betriebseinschränkungen nicht mehr nötig sein.

Und nun noch Einiges von den einzelnen Produkten. Sie haben uns nicht mehr alle die gleichen Sorgen gemacht, und es ist sehr bezeichnend, daß während noch bei den Verhandlungen des letzten Jahres die Frage der Milch und die Frage der Butter die Köpfe sehr heiß gemacht hat, in diesem Jahre kaum die Rede davon gewesen ist, daß dagegen andere Sorgen an die Oberfläche gekommen sind; die größte von allen war die Sorge um die Kartoffeln. Es hat ein wahrer Unstern über der Kartoffelversorgung gewaltet, und wir haben böse Erfahrungen damit gemacht. Wir haben im vorigen Jahre eine Fehlernte gehabt, bei der erst nach und nach zum Vorschein gekommen ist, wie schlimm sie war. Dann haben die Aufnahmen zu verschiedenen Zeiten ganz wechselnde Bilder ergeben; das eine Mal hat die Aufnahme ein schlechtes Bild, das nächste Mal wieder ein besseres Bild gegeben. Diesen wechselnden Aufnahmen sind die Verordnungen über die Verteilung auf dem Fuße gefolgt, sie haben sich fast überstürzt und sind so rasch hintereinander gekommen, daß eine neue Verordnung erschienen ist, ehe die alte ins Werk gesetzt werden konnte. Der Erfolg war eine große Unzufriedenheit, ein großer Wirrwarr. Daß es so kommen konnte, liegt einmal an der Fehlernte, dann an dem schlechten Wetter. Es ist eine nicht sehr beträchtliche Menge verkauft. Im Frühjahr kam dann die schwere Kälte, und da ist eine Menge erfroren. Der Mangel an Futtermitteln hat die Bauern dazu gebracht, daß sie eine Menge Kartoffeln verfüttert haben. Dann waren die Höchstpreise zu nieder. Das hat die Landwirte verärgert. Dazu kam dann die Kartoffelhamsterei in großem Umfange. Das Heer und die Industrie haben ungeheure Massen von Kartoffeln gebraucht. Dann sind auch gegen den preußischen Landwirtschaftsminister schwere Vorwürfe erhoben worden, auch gegen die Großagrarien, die die Kartoffeln zurückgehalten haben. Schließlich sind die Landwirte aufs neue verbittert oder verstimmt worden durch eine Reihe von Bestandsaufnahmen.

Was nun unser Land angeht, so ist die erste Schwierigkeit die, daß wir Zuschußland sind, daß unser Land nicht so viele Kartoffeln erzeugt, wie es verbraucht, und

da sollte uns Norddeutschland den Hauptteil liefern; es hat ihn tatsächlich auch geliefert, wenn auch unter Schwierigkeiten. Norddeutschland hat im ganzen 7000 Eisenbahnwagen, 1,7 Millionen Zentner Kartoffeln geliefert, mehr als es ursprünglich liefern sollte. Lediglich davon haben die Städte den Winter hindurch gelebt. Manche von den Klagen werden auch nicht als richtig bezeichnet. Erhebliche Mengen seien nicht erfroren, oder verfault. Die erfrorenen Kartoffeln seien zum Brennen benützt worden.

Der jetzige Zustand ist so, daß für den Rest des laufenden Wirtschaftsjahres die Kartoffelfrage endgültig geregelt ist, und daß wir die Hoffnung hegen dürfen, daß wir mit dem Wenigen, was wir noch haben, bis ans Ende durchkommen. Die Hauptsache ist aber: Welche Lehren ziehen wir aus den Erfahrungen des letzten Jahres? Darüber haben sich die Meinungen noch nicht vollständig geklärt. Wenn ich die Regierung recht verstanden habe, ist sie der Meinung, daß die Kartoffelversorgung auf dem Wege der Zentralisierung vorzunehmen sei. Jedenfalls sind über das Bezugsscheinverfahren in der Kommission die Meinungen nicht vollständig einig gewesen. Man hat an einem Ort mit dem Bezugsschein gute und an dem andern Ort weniger gute Erfahrungen gemacht. Jedenfalls aber ist verlangt worden, daß man die Kartoffelvorräte vom Acker weg festlegen und über sie so verfügen solle, daß man nicht erst große Mengen verteilt, wie in diesem Jahre, sondern mit kleinen Mengen beginnt und diese womöglich gegen das Ende noch steigert. Aber man soll es nicht bei den Verordnungen lassen, sondern das Hauptgewicht soll auf die Ausführung gelegt werden. Die Bevölkerung soll nicht auf kürzere Zeit versorgt werden, sondern womöglich auf längere Zeit. Dem entspricht auch die Erfahrung, daß die Kartoffeln in den kleinen städtischen Kellern am besten aufgehoben waren, so daß es sich also wohl verantworten läßt, daß man unter strenger Aufsicht hinsichtlich der Mengen die einzelnen Familien, die es machen können, die also die nötigen Räume dafür haben, für den ganzen Winter versorgt.

Die Aufgaben wären also im einzelnen: die genaue Aufnahme des Bestandes der Ernte, dann Sicherstellung des Hausbedarfs der Verbraucher, Sicherstellung des Saatgutes, Abzug des Schwundprozentes, Ausscheidung minderwertiger Ware, scharfe Heranziehung größerer und größter Erzeuger. Wenn das alles so gemacht wird, so darf die Meinung gelten, daß man dann auch mit einem Betrage von 23 Millionen wie in diesem Jahre durchkommen könne, so daß wir also bei einer, was wir nicht hoffen wollen, Wiederholung der schlechten Kartoffelernte durchkommen können.

Und nun noch ein Wort von den Snobs unter den Kartoffeln. Snob ist ein englisches Wort und bezeichnet einen Mann, der mehr scheinen will, als er ist. Auch unter den Kartoffeln gibt es solche. Es gibt Kartoffeln, die die Neigung haben, sich als Frühkartoffeln aufzuspielen, trotzdem sie es nicht sind, und es gibt Kartoffeln, die die Neigung haben, sich als Saatkartoffeln aufzuspielen, trotzdem sie nur ganz gemeine, bürgerliche Kartoffeln von ganz gewöhnlicher Sorte sind. Das heißt mit anderen Worten: man hat die Herbstkartoffeln, soweit das irgend ging, als Früh- und Saatkartoffeln verkauft. Wir haben in unserer nächsten Nähe Beispiele, daß einzelne Dörfer im Juli und August alle ihre Kartoffeln herausgerissen und als Frühkartoffeln verkauft haben, und im September sind sie dagestanden und haben gesagt: Wir haben keine Kartoffeln, wir wol-

len versorgt sein! Daran aber wird man festhalten müssen, daß die Frühkartoffeln zentralisiert werden sollen. Damit und mit den abgestuften Preisen, die in Aussicht genommen sind, kann man wohl einverstanden sein.

Mit den Saatkartoffeln hat man, wie ich aus privaten Mitteilungen höre, bessere Erfahrungen gemacht, als man erwartet hatte. Besonders ist mir von verschiedenen Seiten mitgeteilt worden, daß man mit dem aus Norddeutschland bezogenen Saatgut zufrieden gewesen sei. Es ist auch in genügenden Mengen hierhergekommen, so daß noch ein Überschuß davon vorhanden ist, so daß über diesen Überschuß noch anders verfügt werden konnte. Aber man müsse eben jetzt mehr als je für Bodenwechsel und für Umtausch sorgen. Das wären die Lehren, die wir aus der Kartoffelnot zu ziehen hätten.

Die Fleischversorgung ist ja jetzt auf einem üblen Punkt angelangt. Die Brotration ist gekürzt worden, und infolge davon hat man zu dem Mittel der Fleischzulage gegriffen. Diese Anordnung hat wohl kaum vielen Menschen Freude gemacht, mit Ausnahme vielleicht von ein paar Hamsterlingen, denen man das bare Geld in die Hand gedrückt hat. Diese Fleischzulage muß in der Tat als eine recht bedenkliche Maßregel bezeichnet werden. Den Gedanken wird man ja wohl verstehen können, daß der mangelnden Brotration durch Erhöhung der Fleischration aufzuhelfen ist. Aber die Art und Weise, wie das durchgeführt worden ist, hat zu schweren Mißständen geführt, Mißständen, die von manchen Seiten als geradezu unerträglich bezeichnet worden sind. Sie wird damit begründet, daß diese Kürzung der Brotration mit automatischer Sicherheit und Notwendigkeit die Erhöhung der Fleischration nach sich gezogen hat, die natürlich der Landwirtschaft höchst unangenehm ist, weil sie scharf in ihre Viehbestände eingreift. Die Verminderung der Brotration und die gleichzeitige volle Erhaltung des Viehbestandes wurden als zwei Dinge bezeichnet, die durchaus nicht miteinander verträglich sind, und so hat man denn zu einer Einzehung des Viehbestandes schreiten müssen. Sie soll für das nächste Vierteljahr 10% betragen. In Friedensjahren betrage die Einzehung in derselben Zeit 5%, so daß wir also das Doppelte, aber doch im ganzen nur 5 weitere Prozent an Vieh ab schlachten. Wenn man also auch die Einführung der Fleischzulage als unerläßlich ansieht und wenn man die schweren Nachteile für die Zukunft unserer Viehzucht mit in Kauf nehmen will, so bleiben doch noch schwere Bedenken. Wir haben durch Mitteilungen der Groß. Regierung erfahren, daß bei der Beratung über diese Dinge in Berlin die städtischen Vertreter den dringenden Wunsch geäußert haben, daß man ihnen nicht zur Auflage mache, bei der Verteilung dieser Fleischzulagen einen Unterschied zwischen Bemittelten und Unbemittelten zu machen, und gerade das hat sich als die Quelle schwerster Mißstände erwiesen. Weite Kreise des Volkes haben auch erklärt, daß sie von dieser Vergünstigung keinen Gebrauch machen wollen und machen werden, weil es ihnen gegen das Gewissen gegangen ist. Aber die Verfügung war einmal da und ein Einreisen der Groß. Regierung war nicht möglich, weil die Sache unmittelbar vom Reich den Kommunalverbänden zur Ordnung übertragen worden ist. Und nun hat man diesen Unterschied zwischen Bemittelten und Unbemittelten eben doch machen müssen. In manchen Städten ist das in der Form geschehen, daß man den bemittelten Klassen nahegelegt hat, auf die Fleischzulage zu verzichten, d. h. nicht auf die Fleischzulage selbst, aber auf die Preisdifferenz. Es ist mitgeteilt worden, daß in Karlsruhe 1800 Fami-

lien auf diese Vergünstigung verzichtet haben. Damit dürfte ungefähr der Kreis der Bemittelten getroffen worden sein, so daß durch diese Art von Selbsthilfe der Mißstand beseitigt ist. Als unbegründet wurden dagegen die Klagen der Landwirte bezeichnet, daß sie bei dieser Verteilung der Fleischzulagen benachteiligt seien. Das Gegenteil sei richtig. Die Selbstverbraucher seien immer noch mit ihren Nahrungsmittelmengen besser daran, als die anderen Bezahler.

Auch hier ist der Mißbrauch, der mit der Anerkennung als Schwer- und Schwerstarbeiter getrieben worden ist, mit besonderer Schärfe gerügt worden. Man hat verlangt, daß die Anerkennung als Schwerarbeiter nur aufgrund schwerer körperlicher Arbeit gegeben wird. Von anderer Seite ist verlangt worden, man solle die Fleischzulage überhaupt nur an Schwerarbeiter geben.

Eine Sorge, die uns für den Augenblick drückt, ist die um Gemüse und Obst. Sie entspringt weniger den augenblicklichen Verhältnissen als den Erfahrungen des vorigen Jahres, die überaus schmerzlich gewesen sind. Nach den Mitteilungen, die man jetzt erhält, sind Aufkäufer jetzt schon unterwegs, um für jeden Preis jede mögliche Menge aufzukaufen. Hier ist ein Wort zu sagen über die Rolle, welche die Konservenfabriken spielen. Man kann nicht sagen, daß sie in dem Kreise der Familien sich einer besonderen Beliebtheit erfreuen. Wenn man überhaupt über die Örtlichkeit, an die im vorigen Jahre Gemüse und Obst gekommen sind, eine Auskunft erhalten hat, so hat sie gelautet: In die Konservenfabriken. Böse Menschen haben geglaubt, daß unsere Spargeln von den Engländern gegessen worden sind, was ja vielleicht für unsere Valuta gut gewesen ist, aber doch bei uns einen bei der Spargel sonst nicht üblichen bitteren Nachgeschmack hinterlassen hat. Aber heute stehen wir nun vor der Sorge: Wie bekommen wir unser Gemüse und wie bekommen wir unser Obst? Wenn man nun auch den Konservenfabriken eine gewisse Rolle im wirtschaftlichen Leben als den Hauptversorgern von großen Anstalten und Wirtschaften, des Heeres usw. zuweisen will, so sollte man doch auf der andern Seite die besten Konservatoren der Welt, nämlich unsere Hausfrauen, wieder in ihre Rechte und ihre Arbeit einsetzen (Sehr richtig!). Es konserviert niemand so gut und es konserviert niemand so sparsam nach allen Richtungen hin. Ich habe vor kurzem in meiner Familie eine Portion Marmelade bekommen, die uns zugeteilt war. Diese Marmelade war ganz vorzüglich, insbesondere war sie so stark gezuckert, daß wir auf eine ganze Reihe von Tagen davon unsern Kaffee und sonstige Dinge gezuckert haben, d. h. also die Fabrik, die die Marmelade hergestellt hat, hat bei der Herstellung der Marmelade eine große Verschwendung mit Zucker getrieben. Das tut die ordentliche Hausfrau nicht. Sie spart also auch an diesen Dingen mehr, als es die Konservenfabriken tun. Also Raum für die Hausfrau, wo es sich um das Gemüse und wo es sich um das Obst handelt! Beklagt wird insbesondere über militärische Aufkäufer, die die Höchstpreise überschreiten. Erfreulich ist ja der Blick, den wir jetzt auf den Markt werfen können und der uns zeigt, daß unsere Märkte im Gegensatz zum vorigen Jahr gut befahren sind.

Nun verweist man die Gemeinden zur Abhilfe von Not auf Lieferungsverträge. Das wird sich noch zu bewähren haben. Neuerdings ist nun — ich kann aber nicht beurteilen, wie weit jetzt eine Nötigung dazu noch vorhanden ist — in der Presse der Vorschlag aufgetaucht, die Regierung möge eine Verordnung dahin erlassen, die Obstkäufe, die vor Bekanntgabe der Höchst-

preise abgeschlossen waren, für null und nichtig zu erklären, wenn sie diese Preise überschreiten.

Des Ferneren wurde noch geklagt über die Höchstpreise für Obstwein, die viel zu spät gekommen sind, und ferner über die Weinpreise überhaupt, die jetzt eine geradezu fabelhafte Höhe in einzelnen Sorten erreicht haben und die den Genuß des Weins, wenn das so bleibt, endgültig aus dem Bereich eines großen Teiles derer streichen, die sich bisher an diesem Gottesgeschenk erbaut haben. Wenn man jetzt für ein Viertel Wein recht mäßiger Güte 80 Pfennig oder 1 Mark zahlen muß, so stehen in der Tat der Genuß und der Preis in gar keinem vernünftigen Verhältnis mehr. Eine Behandlung der Weinpreise wird aber als zu schwierig erklärt, da eine Grenze zwischen Gebrauchswein und Luxuswein kaum zu ziehen sei. Das eine ist tröstlich dabei, daß den Weinbauern, wenn sie nämlich noch etwas haben, durch die erhöhten Preise eine gewisse Entschädigung für eine Reihe von schlechten Weinjahren zufließt. Das macht uns die hohen Preise einigermachen erträglich, viel weniger aber, was auch gesagt worden ist, daß die hohen Preise gar nicht bis an die Bauern herunterkommen, sondern daß sie unterwegs verschwinden.

In diesem Zusammenhang wurde auch über die Frage der Brennkessel verhandelt, die Baden als Obstland ganz besonders nahe angeht. Es handelt sich darum, daß neuerdings in den badischen Gemeinden alle Brennkessel bis auf einen eingezogen worden seien. Wenn eine gute Obsternte, was jetzt zu hoffen ist, in Aussicht steht, so werde es ganz unmöglich sein, alles Obst zu verwerten, und es müßte vieles zu Grunde gehen, wenn es nicht gebrannt wird. Das sei aber schlechterdings unmöglich, wenn nur ein einziger Brennkessel in einer Gemeinde vorhanden ist. Der Übelstand wird zugegeben und die Regierung sagt zu, daß sie sich um Abhilfe bemühen wolle.

Und nun noch ein Wort von der Milchversorgung. Sie ist neben der Eierversorgung von der Großbadischen Regierung in einer Weise geordnet worden, die man als großzügig bezeichnen kann und die wenigstens für die Eier einen vollen Erfolg, für die Milch einen teilweisen Erfolg darstellt. Es ist mitgeteilt worden, daß von den Eiern, die überhaupt abzuliefern sind, vor etwa 14 Tagen schon 87 Prozent eingeliefert seien, daß also mit Sicherheit zu erwarten ist, daß der Rest auch noch einkommen werde, sodaß also die Versorgung vollständig glückt — was aber nicht sagen wolle, daß nun jeder Verbraucher beliebig viel Eier bekomme; es werden also die Klagen darüber, daß jemand in einer Woche nur ein oder in drei Wochen zwei Eier bekomme, nach wie vor bleiben. Aber diese wenigstens werden wir doch bekommen!

Nicht so geglückt ist es dagegen mit der Milch; mit dieser sind wir in den Städten noch sehr mangelhaft versehen. Das hängt an verschiedenen Dingen, über die man nicht so recht klar werden kann. Wir haben gehört, wie der Herr Abg. Hertle, der selbst Landwirt ist, uns mitgeteilt hat, die Forderung einer Leistung von 2 Liter auf das Haupt, könne von der Landwirtschaft ganz gut erfüllt werden. Dagegen hat der Herr Abg. Geiß als Vertreter der Stadt Mannheim diejenigen Amtsbezirke bereist, die der Stadt Mannheim zur Versorgung zugewiesen waren. Er hat uns erzählt, daß er sich überzeugt hat, daß diese Leistung schlechterdings nicht gemacht werden könne. In dieser Beziehung scheinen also die Verhältnisse außerordentlich verschieden zu liegen.

Ein weiterer Mangel scheint dann auch noch in der Behandlung der Milchgeschirre zu liegen. Denn die üble

Tatsache, daß wir in der Stadt bei einigermaßen warmem Wetter so häufig die Milch sauer bekommen, zeigt doch schon, daß hier schwere Mängel vorliegen. Sie sollte abgeholfen werden.

Auf diesem Gebiet ist noch ein Wunsch vorgetragen worden; er betrifft unsere Grenzbezirke gegen die Schweiz. Diese erhalten heute noch ihre Milch zum großen Teil aus der Schweiz. Sie wird durch die Valuta im Preis erheblich verteuert, sodaß diese Grenzgebiete um eine Staatsunterstützung bitten. So liegen die Verhältnisse in Konstanz, aber auch in Lörrach. Der Kreis Lörrach hat im Hinblick auf diese Verhältnisse und dann auch noch aus dem besonderen Grund um einen Zuschuß gebeten, weil er ganz erheblich durch die Unterstützung der 30 000 bis 40 000 Deutschen belastet wird, die in Basel wohnen. Eine Unterstützung des Kreises wird von Seiten der Grob-Regierung als billig und gerecht angesehen; eine Erhöhung der Kriegsdotation ist in Aussicht gestellt.

Unter den Kriegskrediten handelt einer auch von der Gerstegeellschaft. Hier ist von landwirtschaftlicher Seite Klage über militärische Aufkäufer geführt worden: diesen seien Scheine ausgestellt worden, die man nicht recht kontrollieren könne. Vor allem aber wird darüber geklagt, daß die Zuweisung an wenige Zentralen die bisherigen Geschäftsbeziehungen der Landwirte gestört habe. Es wird dabei mitgeteilt, große Mißstände habe es gezeitigt, daß Futter- und Braugerste gleichhoch bewertet würden. Man solle darauf beharren, für die Braugerste höhere Preise festzusetzen. Dem wird nun wieder entgegeng gehalten, eine solche Maßnahme hätte sofort wieder die Folge, daß auch die ganz gemeine Futtergerste nobilitiert und in den Rang der Braugerste aufgerückt werde; man werde dann überhaupt nur noch Braugerste haben. Es ist weiter mitgeteilt worden, daß die Reichsgerstegeellschaft im Land 5 Geschäftsstellen habe, darunter zwei Großfirmen.

Neben der Gerste steht der Grünkern, der uns gleichfalls Sorge gemacht hat. Wenn er auch seiner ganzen Bedeutung nach neben Gerste, Korn und Hafer eine Rolle nicht spielen kann, so liegt er doch unserem Herzen nahe. Für den Grünkern war ein Ausfuhrverbot erlassen worden. Erzeugt wurden im Jahre 1916 69 800 Zentner — das ist gerade keine überwältigende Menge —, davon sind 37 000 Zentner in die Fabriken gegangen, 16 000 Zentner an die Bundesstaaten, davon 8000 Zentner an Baden; der Rest ist ans Heer gegangen. Diese 8000 Zentner seien restlos verteilt worden. Unsere Hausfrauen empfinden Mangel an Grünkern unangenehm; das was man ihnen als Ersatz einlagen bietet, ist überaus mangelhaft, und das, was unter dem Namen Grünkern geht, schreit geradezu darnach, daß es vom Landespreiskomitee in eine recht genaue Untersuchung genommen werde. Gegen die öffentliche Bewirtschaftung ist von landwirtschaftlicher Seite gesagt worden, Grünkern solle man den Hausfrauen geben, dort seien sie am besten aufgehoben. Dann solle man aber davon auch nur soviel aufkaufen lassen, daß die Erzeuger ihren Bedarf an Brotgetreide haben.

Nur noch eine kurze Bemerkung über Öl und Fette: hier ist die Not außerordentlich groß. Man hat auf das Sammeln von Bucheckern gegriffen; diese haben einen Betrag von 129 Zentnern Öl ergeben, das an die öffentliche Stelle abgeliefert worden ist. Ich nehme an — und diese Annahme wird wohl nicht unrichtig sein — daß der Betrag, der noch in den Händen der Erzeuger geblieben ist, wesentlich höher ist.

Zu meiner Kenntnis ist auch gekommen, daß man den Versuch gemacht hat, auch noch andere Früchte nach Öl auszubeuten; man hat Versuche mit Lindensamen, mit Obstkernen u. a. m. gemacht. Jedenfalls haben die sonst üblichen Methoden der Ölgewinnung sowohl beim Lindensamen als bei den Obstkernen versagt und die Wissenschaft hat sich auf den Weg gemacht, ein anderes Verfahren zu finden; ob das gelungen ist, ist mir nicht bekannt. Ich kann also auch nicht beurteilen, ob es für das nächste Jahr sich empfehle, weiterhin das Sammeln von Lindensamen, Obstkernen und anderen ölhaltigen Samen zu organisieren.

Noch von zwei Produkten, die nicht in das Gebiet der Ernährung gehören, die aber doch recht scharf in unser Leben eingreifen, war die Rede. Das eine ist das Leder. An erster Stelle steht für die Verhältnisse des Ledermarktes, daß das Heer einen ganz ungeheuren Bedarf hat. Es sind uns Bilder vorgelegt worden, auf denen eingezeichnet ist, wie viel Leder an einem Grenadier und einem Kanonier ist: das ist eine große Menge. Der ungeheure Bedarf hat seinerzeit auch sofort eine scharfe Steigerung der Preise zur Folge gehabt. Diese Preise haben dadurch noch eine unangenehme Seite bekommen, daß man zwar für die Häute Höchstpreise festgesetzt hat, nicht aber für die Fabrikate: dadurch sind für die Lederfabrikanten die Rohstoffe verbilligt worden, nicht aber wurde für den Gewinn an ihrem Produkt eine Grenze gezogen, und infolgedessen hat die Lederindustrie in einzelnen ihrer Vertreter ganz ungeheure Gewinne gemacht, Gewinne von einer Höhe, die ihre gar üblen Wirkungen nach der moralischen Seite hin gehabt und wesentlich zur Vergiftung des Volksempfindens beigetragen haben. Dazu steht wieder in einem großen Kontrast die Beschaffenheit der Produkte. In der Budgetkommission ist uns ein Muster einer Sohle vorgelegt worden, das allerdings ein himmelschreiendes Bild geboten hat. Und gerade hier ist die Bemerkung gefallen, daß man „an die Großen nicht herangehe“; das Volk sage, man wolle das nicht.

Schwere Übelstände haben sich auch für die Industrie dadurch ergeben, daß die Treibriemen geradezu ungeheuerliche Preissteigerungen erfahren haben, sodaß das Stehlen von Treibriemen ein recht einträgliches Geschäft geworden ist, das einen sehr bedenklichen Umfang erreicht hat. Die Folge davon ist wieder gewesen, daß manche Betriebe, die Treibriemen brauchten, keine bekommen konnten und infolge davon längere Zeit stillliegen mußten.

All diesen Klagen gegenüber und insbesondere gegenüber der Klage, daß die guten Häute aus Baden heraus und die schlechten Häute hereingekommen sind — was darauf zurückgeführt wurde, daß die Lederverarbeitung in Berlin zentralisiert worden ist —, ist mitgeteilt worden, daß hier die badische Regierung eingegriffen hat, und daß das Kriegsministerium im Januar d. J. zugesagt habe, daß künftig die badischen Fabriken aus der Nähe zu beliefern seien, sodaß also die badischen guten Häute jetzt wieder in die badischen Fabriken kommen. Auch seien jetzt Höchstpreise für die ganze Lederindustrie eingeführt, nicht mehr einseitig für die Metzger.

Das zweite der hier noch zu besprechenden Produkte ist das Papier. Hinsichtlich der Papiererzeugung und der Papierverteilung, die in den Händen einer Papierverteilungsgesellschaft ist, werden schwere Vorwürfe erhoben: der Vorwurf ungeheurer Preistreiberei und des Papierwuchers. Das Syndikat, wird behauptet, erwürge geradezu widerstrebende Elemente, indem es ihnen ent-

weder kein Papier liefere oder sie in den Preisen differenziell behandle. Es sind für diese Behauptung sehr krasse Beispiele mitgeteilt worden. Dabei, wird weiter gesagt, gehe heute noch deutsches Papier nach Holland und nach England. Einen schweren Schaden sieht man darin, daß an der Spitze der Reichsstelle Interessenten stehen, nämlich ein Papierfabrikant und ein Forstmann — wobei der Papierfabrikant sich allerdings schamhaft in das Gewand eines Oberleutnants der Reserve gehüllt hat. Dadurch sei das Vertrauen gerade zu dieser Gesellschaft aufs schwerste erschüttert.

Eine Vorstellung der Zeitungsverleger hebt hervor, die kleine und mittlere Presse sei besonders in Gefahr, die noch dadurch verschärft worden sei, daß heute viele Papierfabriken aufgehört hätten, Zeitungspapier zu fabricieren und sich auf die Fabrication von Spinnpapier geworfen hätten, das den 2½fachen Preis abwerfe. In den Kreisen der Zeitungsverleger herrsche eine bittere Stimmung, die auch nicht durch die Anerkennung beschwichtigt werden könne, welche die Regierung der Bedeutung und den Leistungen der Presse zollt; mit solcher Anerkennung hat ja die Regierung nicht gefargt und diese Anerkennung für die Tätigkeit der Presse, insbesondere bei der letzten Reichsanleihe, ist ja auch hier wiederholt ausgesprochen worden.

Es ist nun zugegeben worden, daß in diesen Klagen gegen die Papiergesellschaft ein berechtigter Kern stecke; da aber die Gesellschaft noch nicht alt sei — man denkt also offenbar, daß diese Mängel noch abgestellt werden könnten — möge man doch erst ihre weitere Tätigkeit abwarten. Das wird uns nicht abhalten dürfen, diese Mängel vor der Öffentlichkeit bloßzulegen. Die Verhandlungen wegen der Einrichtung dieser Gesellschaft haben lange gedauert, weil man sich über die Kostenverteilung nicht einigen konnte, d. h. über die Verteilung der 4 Pf. Rückerzins, die die Presse beim Papierverkauf bekomme. Diese Frage ist aber jetzt geordnet und nun wird man wohl daran gehen, die übrigen Schäden auszumerzen und zwar zunächst durch eine scharfe Aufsicht. Zwar sei die badische Regierung unmittelbar nicht in der Lage, in dieser Gesellschaft mitzusprechen, da diese nicht dem Bundesrat, sondern dem Kriegsamt unterstellt sei; dagegen bestehe ein Aufsichtsrat, in dem ein badischer Vertreter sitze. Dieser Aufsichtsrat habe tatsächlich schon scharf in die Geschäftsführung eingegriffen. Dieses badische Mitglied werde auch alles Mögliche tun, um den Wunsch zu erfüllen, daß für die badische Presse gesorgt werde.

Hier möchte ich die Bemerkung nicht unterlassen, daß wir alle Veranlassung haben, auf diese Dinge ein recht scharfes Augenmerk zu haben. Es besteht nach meiner Meinung ein hohes öffentliches Interesse daran, daß uns unsere politische Presse erhalten bleibe, daß sie nicht in die Hände eines Scherl oder Ullstein gerate und schließlich in dieselbe Rolle gedrängt werde, in der sich die englische Presse befindet, die heute zu unserem Nachteil von einem einzigen Mann mit all der ungeheuren Machtfülle regiert wird, die ihm darin zu Gebote steht. Darum sollten wir alles tun, um unsere Presse auch innerlich selbständig zu erhalten; Bedingung dafür ist aber, daß sie in ihren äußeren Lebensbedingungen nicht geschädigt wird.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen zu Ende und ich habe nur noch den Antrag der Budgetkommission vorzutragen, die Zweite Kammer wolle sich dahin aussprechen, daß hinsichtlich der Verwendung der Kriegskredite eine Beanstandung nicht erhoben wird.

In der Beratung erhalten das Wort:

Abg. Weichaupt (Zentr.):

Namens meiner politischen Freunde kann ich erklären, daß wir im Großen und Ganzen den Ausführungen des Herrn Berichtstatters unsere Zustimmung geben. Ganz besonders möchten auch wir den Wunsch unterstützen, den er der Großh. Regierung bezüglich der Bürgermeister unterbreitet hat: Auch wir erkennen voll die große Arbeit an, die die Bürgermeister, hauptsächlich auch der ländlichen Gemeinden während des Kriegs zu besorgen haben: auch wir wünschen, daß diese Leistungen besser als seither entlohnt werden. In diesen Wunsch dürfte man vielleicht auch noch die Ratfchreiber einschließen; auch sie sind weit mehr mit Arbeit belastet als zur Friedenszeit.

Ferner möchten auch wir von unserer Seite dem Gedanken der Entschädigung von Fliegerschäden unsere warme Unterstützung leihen.

Der vor Jahresfrist abgehaltene letzte Landtag hat der Großh. Regierung die Bitte vorgetragen, man möchte, ähnlich wie im Reich und in anderen Bundesstaaten, auch bei uns in Baden einen Ernährungsbeirat einrichten, der immerwährend in Gemeinschaft mit der Regierung über die Lösung von Fragen der Kriegsernährung beraten soll. Diesem Wunsche ist die Großh. Regierung nachgekommen und das Ministerium des Innern hat diejenigen Abgeordneten, die ihm von Seiten der einzelnen Parteien vorgeschlagen worden sind, zu Mitgliedern dieses Ernährungsbeirates ernannt. Dieser Ernährungsbeirat ist durchschnittlich alle 14 Tage, manchmal auch nach 3 Wochen zusammengetreten und hat in langen Sitzungen, deren oft zwei an einem Tage stattfanden, über alle die Fragen beraten, die immer wieder auf dem Gebiete der Volksernährung aufgetaucht sind. Insbesondere die Großh. Regierung hat es sich sehr angelegen sein lassen, diese Fragen bis ins kleinste Detail hinein zu studieren und zu beraten. Ich möchte hier konstatieren, daß der Herr Minister des Innern es war, der immer den Vorsitz in diesen Sitzungen geführt und sich sehr aufgeopfert hat und ganz besonders möchte ich auch dem Herrn Geh. Rat Schneider Anerkennung zollen, der in unermüdlicher Weise mitgewirkt und über diese Zeit in den Ernährungsfragen recht viel und erprobliches gearbeitet hat.

Man könnte sich fragen, ob die viele Arbeit, die hier geleistet worden ist, sich auch gelohnt hat. Da bin ich nun der Meinung, daß manchmal zugunsten unserer Konsumenten und Produzenten bei dieser großen Arbeit mehr hätte erreicht werden können. Aber wir standen meistens vor vollendeten Tatsachen; die grundlegenden Verordnungen kommen ja vom Bundesrat und vom Kriegsernährungsamt, und an denen ist gewöhnlich nicht mehr viel zu rütteln. Diese Verordnungen haben nach meinem Dafürhalten den großen Fehler, daß sie meistens nach den Verhältnissen in Norddeutschland eingerichtet sind, auch auf dem Gebiet der Produktion, und daß sie daher für unsere Verhältnisse natürlich nicht immer günstig wirken. Manchmal kam es aber auch vor, daß Verordnungen, die vom Reich kamen und in Baden vielleicht noch etwas abgeändert worden sind, hinausgingen, ohne daß der Ernährungsbeirat sie beraten hat. Ich kann mich erinnern, daß in einer Sitzung einmal diese Frage aufgeworfen worden ist, und daß die Großh. Regierung sich damals dahin ausgesprochen hat, daß der Ernährungsbeirat wohl gehört werde, aber keine Verantwortung trage, die Verantwortung trage die Großh. Regierung. Nun wollte es aber der Zufall, daß am gleichen Tage in der „Straßburger Post“ ein Artikel kam, der sich mit der Einberufung des

Landtags besaßte, und in dem darauf hingewiesen war, es sei nicht notwendig, daß der Landtag einberufen werde, die Regierung sei gedeckt, was die Ernährungsfragen anlangt, denn da trage der landständische Ernährungsbeirat die Verantwortung — wenn ich mich noch richtig an jenen Artikel erinnere. Der Ernährungsbeirat trägt also nach der Erklärung der Regierung keine Verantwortung für all das, was geschehen ist. Aber ich meine, wenn einmal ein Ernährungsbeirat vorhanden ist, sollte er so viel mitwirken und so viel mitwirken können namens der Fraktionen und namens der Zweiten Kammer, daß er für alle Verordnungen die Verantwortung auch mit zu tragen in der Lage ist.

Ich habe weiter während des ganzen Jahres die Empfindung gehabt, daß bei uns wohl der gute Wille vorhanden ist, aber zu viel Konsumentenpolitik getrieben worden ist. Mit der Konsumentenpolitik kann man ja auch als Produzent einverstanden sein, soweit sie dahin geht, daß den Konsumenten die Nahrungsmittel zu billigem Preis verschafft werden sollen. Aber ich habe da oft die Beobachtung gemacht, daß dieser gute Wille ins Gegenteil umgeschlagen hat, daß man das Gegenteil erreicht hat. Ich erinnere Sie an den billigen Preis der Kirchen im letzten Jahre, ich erinnere Sie an die niedrigen Viehpreise, die niedriger sind als in unserer Nachbarschaft, ohne daß deshalb das Pfund Fleisch um einen Pfennig billiger geworden ist als drüben in Württemberg; und dazu haben unsere Nachbarn drüben vielleicht noch die bessere Qualität Fleisch bekommen als wir. Wir haben ja seit Jahresfrist Höchstpreise für das Vieh. Aber die Höchstpreise sind nicht für das ganze Reich gleichmäßig eingeführt worden, sondern der Bundesrat hat es dem einzelnen Bundesstaaten überlassen und in Norddeutschland sogar den einzelnen Provinzen, sie festzusetzen. Das war jedenfalls ein sehr großer Nachteil. Wir haben die Preisstaffel, die hauptsächlich für den Berliner Bezirk maßgebend war, bei uns in Baden übernommen und glaubten damit das Richtige zu treffen, nur mit dem Unterschied, daß wir bei der Gewichtstaffel, die den Zentner mit 80 M. bewertet, aufgehört haben, hauptsächlich mit Rücksicht auf unsere Wälderviehzucht, da unser Wäldervieh nur ein ganz kleiner und leichter Viehschlag ist. Das Wäldervieh wäre zu stark im Preise gesunken, das in keinem Verhältnis mehr stehen würde zu den schweren Viehschlägen, die wir in Baden haben. Ebenso war es auch mit dem Jungvieh, das zu nieder hätte gewertet werden müssen, wenn wir die Gewichts- und Preisstaffel so festgesetzt hätten, ähnlich wie sie in Norddeutschland festgesetzt war.

Nun zeigte es sich in der Praxis sehr bald, daß diese reine Gewichtstaffel doch ihre Mängel hat, hauptsächlich auf dem Gebiet des Zuchtviehs und des Nutviehs und auch auf dem Gebiet des Jungviehs. Es war ein Ünding, daß z. B. eine Schlachtkuh im gleichen Gewicht eben so viel kostete wie eine trächtige Kuh oder eine Kuh frisch in der Milch. Ferner war es ein Ünding, wenn eine magere, aber vielleicht grobknochige Kuh, eine sogenannte Wurstkuh, immer nach der gleichen Staffel bezahlt werden mußte. Wir haben daher eine Abänderung der Preisstaffel beantragt, teilweise ist unserem Wunsche auch entsprochen worden, aber nicht so, wie es eigentlich hätte sein sollen. Was die Abänderung des Preises für das Jungvieh anbelangt, ist dem Wunsche nicht entsprochen worden, und das Jungvieh muß nach dem neuen Preis billiger verkauft werden als oft zu Friedenszeiten. Denn schon in Friedenszeiten zahlte man bei uns oft 1 M. bis 1,20 M. per Pfund, während wir jetzt bloß 80 Pf. lösen und, wenn es ein eingetragenes Jungtier ist, noch 20 Pf. Zuschlag

dazu. Der Preis ist aber immer noch bedeutend zu niedrig. Ebenso ist es auch bei den trächtigen Kühen und den Milchkühen und guten Zugkühen. Für denjenigen, der ein solches Stück Vieh kaufen soll, ist das ein Mangel, denn er kann es nicht leicht zu diesem Preis bekommen. Die Abänderung bezog sich nur auf die sogenannten Wurstkühe, und da wurde der Preis, ob schwer oder leicht, auf 65 Pf. festgesetzt. Der Preis wurde aber nicht immer eingehalten, die Militärverwaltung zahlt heute noch den Preis nach der Gewichtsstufe, in die das Tier fällt, dagegen sind die großen Städte schlechtere Abnehmer. Je nachdem ein Aufkäufer kommt, bewertet er ein solches Stück Vieh bloß mit 50 oder 55 Pf. pro Pfund. Ich habe diese Klage dem Großh. Ministerium vorgetragen, und es ist dann bei einer oder bei zwei Abnahmen besser geworden; aber im Großen und Ganzen bestehen die Klagen immer noch fort.

Unsere Nachbarn in Württemberg haben andere Höchstpreise für Vieh, nicht viel höher in der Gewichtsklasse, aber sie haben nicht reine Gewichtsklassen, sondern sie haben noch Qualitätsklassen, besonders für erstklassiges Schlachtvieh. Das hat uns in Baden sehr viel geschadet, weil uns auf heimlichem Wege jedenfalls die besten Künder und Schlachttiere entgangen sind. Die Klagen sind der Großh. Regierung vorgetragen worden; aber anfänglich war man nicht recht erregt, glaube ich, darüber, ob sich die Sache wirklich so verhält und erst später, als viele Klagen aus den Grenzbezirken kamen, ist man der Sache nachgegangen. Es ist besser geworden, aber, ich muß schon sagen, es war zu spät. Die besten Tiere waren schon über die Grenze. Es ist aber nicht nur auf unserer Seite so gegangen, sondern auch auf der bayerischen Seite, weil dort die Preise auch nicht so hoch waren, wie in Württemberg. Bayern hat da ähnlich gelitten wie wir. Es handelt sich, wenn man die Sache so betrachtet, um Kleinigkeiten; aber, wenn man die Sache richtig anschaut, wenn es sich z. B. um ein gutes Schlachtrind von 14 bis 16 Zentnern handelt, so handelt es sich um einen Betrag von 280 bis 300 M. und da dieser Betrag die Leute gerne verlockt, irgendwelche Kniffe und Schliche anzuwenden, die nicht reell und die verboten sind, machen sie es doch, und es läßt sich um so leichter machen, als unsere Grenze vom Bodensee bis hinunter nach Würzburg so außerordentlich lang ist.

Die Bewertung unseres Viehs hat auch insofern der badischen Landwirtschaft Schaden gebracht, als die Militärverwaltung von uns in Baden viel Vieh abgenommen hat, ebenso wie in Württemberg. Der Direktor der badischen Landwirtschaftskammer hat uns in einer Sitzung des Viehhandelsverbandes eine Zusammenstellung vorgetragen, wonach der badischen Landwirtschaft in einem Jahr ein Schaden von vier bis fünf Millionen Mark erwachsen ist. Diese niedrige Preisstaffel und die ungleiche Bewertung von Zucht- und Nutvieh hat auch in eigenen Lande zur Überschreitung der Höchstpreise geführt. Es ist mir mitgeteilt worden, daß in Mittelbaden ziemlich viele Leute bestraft worden sind, weil sie beim Kauf von trächtigem Vieh und Zugochsen die Höchstpreise überschritten haben. Sie haben sie aber nicht überschritten aus Mutwillen, sondern in Not. Ich glaube, bei der Strafbemessung sollte man die Motive berücksichtigen, aus welchen heraus der Mann das Höchstpreisgesetz verletzt hat; und wenn er es getan hat, weil er ein Tier unbedingt haben mußte zur Bewirtschaftung seines Betriebs, so wäre ihm die Strafe ganz nachzulassen, oder doch auf einen niedrigen Betrag zu ermäßigen. Wir bekommen ja am 1. Juli oder nach der neuen Bekannt-

machung, die mir eben mitgeteilt wird, am 1. August Reichspreise. Da möchte ich die Großh. Regierung bitten, daß, wenn diese Reichspreise kommen, die Ausführungsbestimmungen dazu für unser badisches Land, wo wir so verschiedene Viehschläge haben, ganz genau ausgearbeitet werden. Wir haben ja jetzt Erfahrungen auf diesem Gebiete bekommen, so daß eine gerechtere Auswirkung nach jeder Seite hin stattfinden kann.

Wir haben in Baden Regelungen getroffen, von denen auch der Herr Berichterstatter schon gesprochen hat, die wir eigentlich vorbildlich und zwar nach unseren Verhältnissen gemacht haben, und die sofort beim Inkrafttreten ausgezeichnet gewirkt haben. Der Herr Berichterstatter hat schon über die Eierregelung gesprochen. In der letzten Woche haben wir in der Budgetkommission von der Großh. Regierung erfahren, wie schön sich die Ablieferung entwickelt, daß von den Überschubbezirken vom Lande schon 87 % abgeliefert worden sind. Mir ist gestern mitgeteilt worden, daß bei der Geschäftsstelle des Badischen Bauernvereins, die eingetragenen Eierabgabgenossenschaften schon ihr volles Quantum abgeliefert haben, sogar zumteil schon 7 bis 8 % über ihre volle Pflicht hinaus. Dieses erfreuliche Ergebnis rührt jedenfalls auch daher, daß von vornherein ein guter Preis bezahlt worden ist. Aber auch hier sehen wir, wie Württemberg seine Preise nach uns festgesetzt hat und zwar einige Pfennige höher, jedenfalls nicht in der Absicht, daß von Württemberg Eier zu uns herüberkommen, aber das Gegenteil kann der Fall sein. Ebenso steht es, wie mir mitgeteilt wird, an der bayerischen Grenze, weil Bayern einen tatsächlich zu niedrigen Eierpreis festgesetzt hat, nur 12 Pfennig. Dieser Preis ist für die jetzigen Verhältnisse sicher viel zu niedrig. Alle diese Mißstände hätten wir nicht, wenn man für alle Produkte im ganzen Deutschen Reich gleiche Preise festsetzen würde, oder wenn man wenigstens in Süddeutschland die Preise einander näher brächte durch gegenseitige Verhandlungen.

Auffallend war die Mitteilung der Großh. Regierung, daß die Hühnerhalter in der Stadt mit der Eierablieferung sehr im Rückstand seien. Ich glaube, so mancher in der Stadt, der sich früher darüber aufgeregt hat, daß die Landwirte zu wenig abliefern und zu langsam abliefern, wird jetzt sehen, daß man die Sache doch nicht so am Schnürle hat, und daß die Sache doch nicht so leicht geht, wie man sich einbildet.

Die Milchverorgungsregelung, die wir in Baden eingeführt haben, hat anfänglich ganz gut funktioniert. Der Herr Berichterstatter hat zwar gesagt, sie funktioniere jetzt noch nicht recht. Aber wir haben die Milchversorgung eingerichtet in der denkbar ungünstigsten Zeit, mitten im Winter, und hatten damit zu rechnen, daß die Futterernte im letzten Jahr doch nicht überall eine sehr gute war; im Gegenteil, wir hatten vielfach auch wenig Heu, und hatten zudem schlechtes Wetter, so daß wir vielfach nur verwittertes Futter bekamen. Dazu kommt, daß wir keine Kraftfuttermittel hatten, besonders seit die Abgabe von Rohmelasse vollständig gesperrt ist. Deshalb war es manchem Landwirt und mancher Gemeinde beim besten Willen nicht möglich, alles zu liefern, was ihnen zu liefern auferlegt war. Nun aber, glaube ich, daß jetzt, nachdem die Grünfütterung überall eingesetzt hat, und das Grünfutter so rasch herangewachsen ist, die Städte die ärgste Milchnot hinter sich haben und die Anlieferung der Milch in der nächsten Zeit ganz bedeutend besser wird.

In der Budgetkommission ist auch eine Mitteilung gemacht worden, wonach die *Olkuchen* des letzten Jahres noch gar nicht verteilt seien. Das wäre sehr bedauerlich im Interesse der Milchversorgung der Städte. Tatsächlich konnte man nirgends *Olkuchen* zur Förderung der Milchwirtschaft bekommen. Und wenn heute, wo die Grünfütterung begonnen hat, die *Olkuchen* noch auf Lager liegen sollten, so müßte dafür Sorge getragen werden, daß im nächsten Herbst derartige nicht mehr vorkommt.

Bei der Milchversorgung wurde auf manche Bezirke, hauptsächlich die oberbadischen Zuchtbezirke, in der Weise Rücksicht genommen, daß man ihnen gestattet hat, Butter abzuliefern an die Städte anstelle von Milch, damit die Landwirte in der Lage sind, die Magermilch frisch zu haben und zu verwenden, sowohl für die Viehzucht, als für die Schweinezucht. Wir haben aber auch gesehen, daß in manchen Bezirken eine wahre Jagd, Molkereien zu gründen, eingesetzt hat. Ich habe immer dagegen angeknüpft, besonders dort, wo Hochzucht getrieben wird, weil eine Molkereimilch jedenfalls nicht dasselbe ist, was Separatormilch ist, die der Landwirt sofort für das Jungvieh und die Schweine verwenden kann, besonders dann nicht, wenn er die Molkereimilch erst am nächsten Tag wieder bekommen kann, weil er von der Molkerei entfernt wohnt.

Ich habe früher auch schon darauf hingewiesen, daß die Magermilch den Transport im Sommer nicht aushalten wird. Man war aber der Meinung, man habe ein Verfahren erfunden, wonach die Magermilch haltbar gemacht werden könnte. So viel ich aber jetzt weiß, hält sie nun doch nicht. Man will jetzt daran gehen, Trocknungsanstalten zu errichten. Aber auch diese werden nicht leisten, was man von ihnen erwartet, weil die Magermilch schon viel zu teuer und in zu kleiner Menge vorhanden ist. Derartige Anstalten können nur gedeihen, wenn große Mengen von Magermilch zusammenkommen. Ich bin der Meinung, daß es am besten wäre, wenn so viel als möglich Vollmilch in die Städte geliefert würde und die großen Städte richtige Großmolkereibetriebe einrichten würden, dann haben sie die Magermilch und die Butter frisch, denn die Vollmilch hält viel eher den Transport aus. Ich bin auch der Ansicht, daß z. B. die Bierwagen, die gut verschließbar sind und Ventilatoren haben, möglichst zum Milchtransport herangezogen werden sollten. Wir sehen auf der Durchfahrt, daß in Donaueschingen immer 6 bis 8 leere Bierwagen der Fürstlichen Brauerei stehen; sie könnten hierzu verwendet werden. Es wäre vielleicht auch möglich, einen kleinen Vorrat Eis in den Wagen zu bringen. Die Luft wäre dann abgekühlt, und die Milch käme viel besser in den Städten an, als es jetzt der Fall ist.

Der Herr Berichterstatter hat auch darauf hingewiesen und auch in der Kommission ist darauf hingewiesen worden, daß manche Milch verdorben ankommt hauptsächlich aus dem Grunde, weil das Geschirr nicht gründlich gereinigt sei. Den Landwirten können Sie nicht zumuten, daß sie das Geschirr, das aus der Stadt kommt, erst reinigen, im Gegenteil, es muß sofort nach der Entleerung in den Städten gereinigt werden. Derjenige, der den Betrieb in der Landwirtschaft draußen kennt, weiß, daß es für jede Landwirtsfrau die erste Sorge ist, zuerst all das Milchgeschirr, das man zum Melken und zur Milchaufbewahrung braucht, sofort nach der Entleerung so gründlich wie möglich zu reinigen. Wenn ein derartiges Geschirr einmal verdorben ist, wenn die Säure eingesetzt hat, ist es nicht mehr leicht zu reinigen; man wird

nie mehr in einem derartigen Gefäße eine gute und süße Milch bekommen. Ich bin der Ansicht, daß all die Geschirre und Milchkannen, die auf das Land hinausgehen, nur mit Dampf gereinigt werden können und müssen, sodaß die Landwirtschaft nur mit Kaltwasserspülung die Geschirre wieder nachspülen muß, dann wird sich die Milch viel besser erhalten. Wenn die Städte der Meinung sind, die Reinigung sei Sache der Landwirte, so muß ich sagen: sie irren sich. Wenn ein derartiges Milchgeschirr schon tagelang entleert ist, ist es nicht mehr möglich, es gründlich zu reinigen, ganz besonders, wenn man nicht Heißdampf für diesen Zweck zur Verfügung hat.

Ich habe in der Landwirtschaftskammer angeregt, ob es nicht vielleicht gut wäre, daß wir ähnlich wie Württemberg und Bayern auf den Höhen unseres Schwarzwaldes, anstatt alles zu Wald aufzuforsten, Höfe, die feil sind, ankaufen und mit Unterstützung von Staatsmitteln dort große Sennereibetriebe einrichten. Ich bin der Ansicht, daß manche tausend Hektar viel größere Dienste während des Krieges geleistet hätten, wenn man sie nicht zu Wald aufgefördert, sondern zu großen Sennereibetrieben, zu Milchwirtschaften eingerichtet hätte. Wir wären jetzt besser mit Milch und Käse versorgt. Der Käse fehlt ja tatsächlich auf dem Lande ganz. Ich glaube, es wird in Zukunft unsere Aufgabe sein, sowohl im Odenwald als ganz besonders im Schwarzwald unser Augenmerk darauf zu richten, wenn derartige große Wirtschaften wieder einmal feil sind.

Große Verdienste haben sich die Städte um die Milchversorgung selbst erworben. Sie haben kein Opfer und keine Mittel gescheut. Sie haben eigene Milchwirtschaften eingerichtet und einen Bestand von 2- bis 300 Milchkuhen angeschafft, was jedenfalls ungeheure Opfer erfordert hat. Man muß anerkennen, daß sie in dieser Beziehung viel geleistet haben. Die Milch aus derartigen Milchwirtschaften wird jedenfalls nicht billig sein (Sehr richtig). Man hört jetzt schon von 50 bis 60 Pfennig für das Liter und noch mehr. So bedauerlich das ja ist, so glaube ich aber doch, wenn einmal die Schlußabrechnung von derartigen Milchwirtschaften aufgestellt wird, dann kommt das Liter Milch auf einen noch weit höheren Preis. Die großen Städte werden nach dem Kriege, wenn wir wieder geordnete Verhältnisse haben, daher ganz gern bereit sein, alle derartigen Wirtschaften wieder niederzulegen und in die Hände der Landwirte zurückzugeben, weil dann die Milch jedenfalls für sie viel billiger zu stehen kommt. Das eine gute haben derartige Einrichtungen aber gebracht, so groß auch der Schaden für die Städte ist: Diejenigen Städte, die seit Jahren immerwährend einen Milchkrieg mit der Landwirtschaft geführt haben, werden eingesehen haben, daß sie jeither auf falschen Pfaden gewandelt sind und daß es nicht möglich war, um den Preis, um den man es verlangt hat, Milch in die großen Städte zu liefern (Beifall). Unter dem Druck dieses Milchkrieges sind manche Existenzen, die sich auf Milchwirtschaft in der Nähe der großen Städte eingerichtet haben, ihrem Ruin entgegengegangen. In dieser Beziehung ist zu hoffen, daß der Krieg eine Lehre ganz besonders für die großen Städte gebracht hat und daß ein derartiger Milchmangel, wie wir ihn teilweise vor dem Kriege, ganz besonders aber während des Krieges, gehabt haben, nicht mehr vorkommen wird.

Wir bekommen einen neuen Wirtschaftsplan für das Erntejahr 1917/18, und darin sind unsere Getreidepreise ganz bedeutend verändert worden. Hauptsächlich ist auch dem Wunsche Rechnung getragen

worden, daß einmal das richtige Verhältnis zwischen dem Brotgetreidepreis und dem für Raufbrüchte, für Hafer und Gerste, hergestellt wird, der früher immerwährend niedriger war, als der für Brotgetreide. Nun auf einmal mit dem Inkrafttreten der Höchstpreise, um zu verhüten, daß der Brotpreis zu hoch wird, hat man die Brotgetreidepreise etwas niedriger gesetzt. Ich glaube, auch auf dem Gebiete hat man das Gegenteil von dem erreicht, was man eigentlich gewollt hat. Jetzt ist der Weizenpreis um 2 M. auf 29 M. erhöht worden, der Roggenpreis von 23 auf 27 M. Dagegen ist der Gerstenpreis um 5 M. heruntergesetzt worden, und, wenn der Zuschlag im Februar 1916 in Betracht gezogen wird, sogar um 9 M. und ebenso der Hafer jetzt um 3 M., oder nach dem vorjährigen Ausschlag um 8 M. Dazu kommt noch eine Frühdruschprämie, die aber an dem Preise eigentlich nicht viel ändert, sie ist ganz minimal.

Der Frühdrusch, der eingeführt werden soll, regt zurzeit die Gemüter der Landwirte hauptsächlich in Frühgegenden ganz besonders auf, weil die Leute der Meinung sind, daß ihnen sämtliches Getreide sofort weggenommen wird. Das wäre jedenfalls ein großer Fehler. Unter allen Umständen solle man jedem Landwirte so viel lassen, als er als Saatgut und zu seiner Selbstversorgung notwendig braucht. Es wäre jedenfalls gut, wenn die Grob-Regierung nach dieser Richtung hin eine Erklärung abgeben würde, damit die Gemüter in den frühen Gegenden einigermaßen wieder beruhigt werden.

Die Kartoffelpreise, die im letzten Jahre für die Spätkartoffeln pro Doppelzentner auf 8 M. gestanden sind, werden im nächsten Wirtschaftsjahre auf 12 M. stehen. Das Verhältnis ist jedenfalls ein gesunderes, als im letzten Jahre, und wenn es eine gute Kartoffelernte gibt, möchte ich sagen, ist der Preis für die Kartoffeln ein ziemlich hoher. Deshalb sollte man auch jagen. Richtpreise erst dann festsetzen, wenn man einigermaßen beurteilen kann, wie die Ernte ausfällt.

Im großen und ganzen soll ja das Einkommen der Landwirtschaft nach dem neuen Wirtschaftsplan um 200 Millionen höher sein. Wenn wir aber die Sache richtig ansehen, so sehen wir, daß eine gewaltige Wertverschiebung für die einzelnen Produkte eingetreten ist nicht zugunsten von Süd- und Westdeutschland, sondern hauptsächlich von Nord- und Ostdeutschland, oder, wenn wir uns besser ausdrücken, hauptsächlich zugunsten des Grob-betriebes. Das ist sehr bedauerlich. Obwohl ich anerkenne, daß eine andere Regelung der Getreidepreise notwendig war, so muß ich denn doch sagen, daß die Preise jetzt nicht so den Produktionskosten angemessen sind, wie sie es eigentlich sein sollten.

Wenn die Neuregelung der Preise kommt, wird es aber auch notwendig sein, daß man andere Bestimmungen für die Abnahme des Getreides aufstellt, denn bis jetzt war es tatsächlich ein Mißstand, wie die Abnahme hauptsächlich von Brotgetreide und auch von Gerste vor sich geht. Der Kommissionär, oder auch der Kommunalverband, wenn er die Sache weiter vergeben und zur Selbstbewirtschaftung übernommen hat, hat sie zwar bewertet, aber wenn der Landwirt nach drei bis vier Wochen gekommen ist, um sein Geld zu holen, hat es geheißt, die Mühle habe 200 M. am Waggon in Abzug gebracht, man könne nicht mehr zahlen. Ich habe schon im letzten Landtage beantragt, man möge Abnahmekommissionen einrichten, und der Preis, den diese festsetzen, solle maßgebend sein. Man hat auch geeignete Leute zur Abnahme bestimmt, aber die Mühlen

haben sich bis jetzt absolut nicht darnach gerichtet. Nicht einmal die Preise, die in der letzten Zeit von der Kommission festgesetzt worden sind, die bei der Nachkontrolle den Rest des Getreides, der angefallen ist, abgeschätzt hat, sind anerkannt worden, wieweil doch nur Sachverständige, und zwar nicht nur einer, sondern 5 oder 6 bei jeder Kommission waren. Auch in meinem Heimatbezirk — dieselben Klagen sind mir noch von anderer Seite zugegangen — sind wieder 200 M. für den Waggon in Abzug gebracht worden. Dem rigorosen Vorgehen der Großmühlen muß Einhalt getan und es müssen Abnahmekommissionen eingesetzt werden, die das Recht haben, endgültig den Preis für die Abnahme zu bestimmen.

Dann haben wir aber auch gesehen, daß in manchem Kommunalverband die Abnahme sehr verschieden gehandhabt wird. In meinem Heimatkommunalverband hat der Kommissionär von vornherein etwa 3000 Zenter sofort als Futterweizen erklärt, obwohl mancher gute Posten Weizen dabei war. Bekanntlich sind von der Reichsgetreidestelle Baden 750 Tonnen Weizen zum Schroten für Mastzwecke zuerkannt worden. Von diesem Quantum ist meines Wissens bloß die Hälfte verschrotet worden, und von dieser Hälfte hat wiederum die Hälfte der einzige Kommunalverband Pfullendorf liefern müssen. Derartige Einrichtungen machen natürlich sehr böses Blut, besonders wenn man weiß, daß man gute Ware abliefern und dann gleich zum voraus 2 M. am Doppelzentner abgezogen werden. Ich möchte meine Ausführungen nochmals dahin wiederholen: es sollten Abnahmekommissionen bestellt werden, damit derartige Mißstände verschwinden und solche Klagen in Zukunft verstummen.

Was nun die neuen Vieh- und Schweinepreise anlangt, so hat man davon gesprochen, daß ein allmählicher Abbau stattfinden solle. Es war aber kein Abbau, es war tatsächlich ein Preissturz, der bei den neuen Preisen für Schweine und für Rindvieh eintritt. Der Preissturz für Schweine hätte ja schon am 1. April einsetzen sollen. Aber es ist uns dann durch Beratungen im Ernährungsrat, wo wir der Grob-Regierung unsern Wunsch unterbreitet haben, gelungen, zu erreichen, daß ähnlich wie in Württemberg für sämtliche Schweine, gleichviel welcher Gewichtsklasse sie angehören, für den April der Preis für das Pfund auf 1,08 M. festgesetzt wurde. Das war notwendig, um eine Abwanderung nach unserem Nachbarlande zu verhindern. Durch die Erfüllung dieses Wunsches ist erreicht worden, daß der Schweinebestand uns einzig und allein verblieben ist. Nun hat auch die neue Preisbestimmung schon wieder eine Abänderung erfahren, indem die unterste Staffel von 0,53 bis 0,64 M. aufgehoben worden ist. Ich bin der Ansicht, daß überhaupt die neuen Schweinepreise, die teilweise niedriger als die Friedenspreise sind, für eine längere Dauer nicht haltbar sind, daß sie jedenfalls recht bald geändert werden müssen. Wenn nicht unser ganzer Schweinebestand ruiniert werden soll, dann müssen Änderungen vorgenommen werden, umso mehr, als jedenfalls die Fleisch- und Fettversorgung im nächsten Winter nicht erfreuliche Zustände aufweisen wird.

Wenn wir rasch unsere Fleisch- und Fettbestände wieder heben wollen, dann müssen wir natürlich zur Förderung der Schweinezucht und Schweinemast übergehen, weil es uns dann möglich ist, innerhalb 6 Monaten wieder schlachtreife Schweine zu haben, währenddem es bei dem Rindvieh immerwährend 2 bis 2½ Jahre oder 3 Jahre geht. Wenn wir unsere Fleisch- und Fettbestände rasch heben wollen, müssen wir jedenfalls auf die Schweinezucht Rücksicht nehmen. Sie wird aber nur dann

gefördert, wenn wir andere Preise aufstellen, als sie jetzt im neuen Wirtschaftsplan enthalten sind und die niedriger sind als die Friedenspreise. Auch bei der Abnahme von Schweinen dürften andere Bestimmungen getroffen werden. Es wird gut sein, wenn auch hier ernsthafte Beratungen vorausgehen und scharfe Abnahmebestimmungen festgesetzt werden, damit die ewigen Klagen und die ewigen Prozesse, die jetzt entstehen, dann von der Bildfläche verschwinden.

Sobiel kann festgestellt werden, daß der neue Wirtschaftsplan jedenfalls die Produktionslust bei der Landwirtschaft nicht steigern wird, (Sehr richtig!) schon aus dem Grunde, weil ja die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte zum Teil niedriger sind, als die Friedenspreise. Man kann es in landwirtschaftlichen Kreisen nicht verstehen, warum man immerwährend Höchstpreise festsetzt für die Produkte des Landwirts, dagegen all das, was der Landwirt braucht, sehr viel braucht, vielleicht mehr als mancher andere, dem freien Spiel der Kräfte überläßt. Kein Stand braucht z. B. mehr Kleider oder Schuhe, als der Landwirt, der bei Wind und Wetter draußen sein muß und dessen Schuhe hauptsächlich bei nassem Wetter kolossal abgenützt werden. Der Preis dafür ist aber bis dreimal so groß als zu Friedenszeiten. Ebenso sieht es mit den landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen aus. Ich erinnere Sie z. B. daran, daß die Pflüge seit 2 Jahren um 100 Prozent aufgeschlagen haben. Dann ist der Kunstdünger in letzter Zeit ganz eminent im Preise in die Höhe gegangen. Nach dem neuen Beschlusse des Reichstages steht z. B. heute der Kainitpreis doppelt so hoch, als der Friedenspreis oder der Preis vor dem Kriege im Jahre 1913. So sieht es überall aus. All das, was der Landwirt benötigt, ist doppelt und dreifach so teuer als vorher. Der Abbau der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist daher nach meinem Dafürhalten doch etwas zu stark. Man kann ganz besonders bei den Vieh- und Schweinepreisen von einem Preissturz reden, und den hält man allgemein in landwirtschaftlichen Kreisen für etwas ungerecht.

Noch schlimmer als mit dem gewöhnlichen Dünger sieht es mit der Stickstoffversorgung bei uns in Baden aus, obwohl wir ein sehr großes Werk, die Lonzawerke bei Waldshut, haben. Hier war die Nachfrage sehr groß, man darf wohl sagen, größer als in Friedensjahren, denn unsere Landwirte haben durchweg die feste Absicht, und ich möchte sagen, den guten Sinn dafür, die Produktion so stark wie möglich zu steigern. Noch nie war die Nachfrage nach Kunstdünger so stark, wie im letzten halben Jahre und auch jetzt schon wieder. Aber noch nie war es schwerer, Stickstoffdünger zu bekommen, als im letzten Jahre. Wir brauchen den Dünger ja dringend notwendig, wenn wir den Körnerertrag noch besonders steigern wollen. Man mußte in den Organisationen dazu übergehen, ausländischen Stickstoff zu kaufen, der, bis er an Ort und Stelle war, 55 bis 56 M. für den Doppelzentner gekostet hat, während der einheimische Stickstoff früher für 25 bis 26 M. für den Doppelzentner erhältlich war.

Die Landwirtschaft hat schwere Arbeit, und deshalb dürfte sie auch dafür entlohnt werden. Wenn Sie hinausgehen und sehen, wie unsere Frauen und ganz besonders die Bauerntöchter jetzt arbeiten müssen, wie gerade die Töchter an der Stelle der Söhne und der Knechte stehen und deren Arbeiten übernehmen müssen, wie die Bauerntöchter heute die Stelle eines Pferde-

fnechts übernehmen und die schwere Arbeit bejorgen, die diesem sonst zufällt, wenn Sie ferner sehen, wie die alten Leute und die Kinder abgeschafft und abgemüdet sind, so glaube ich, dürfte dem Landwirt eine gute Entlohnung für seine schwere Arbeit jedenfalls zuzuerkennen sein (Sehr richtig!). Zu dem Mangel an Arbeitskräften, den wir seither hatten, hört man nicht auf, immerwährend noch die Einziehungen zum Heer fortzusetzen und oft Leute, wo man sich vorher fragen muß, was man eigentlich mit ihnen anfangen wolle. Oftmals handelt es sich um einen Mann, von dem man sich sagt, er würde, ganz besonders dann, wenn ein nur arbeitsverwendungsfähiger in Frage kommt, weit mehr nützen, wenn er daheim in seinem eigenen Betriebe tätig wäre, als wenn er eingezogen ist. Ich bin der Ansicht, die Grob-Regierung sollte alles daran setzen, daß ältere Landwirte, die größere Betriebe haben, falls sie nur arbeitsverwendungsfähig sind oder für Wachkommando in Betracht kommen, so weit wie möglich sollten beurlaubt werden für die Zeit des Sommers. Denn nur dadurch, daß die richtigen Leute und die Leiter der einzelnen Betriebe daheim sind, können die Ertragnisse der ganzen Wirtschaft gesteigert werden. Das gilt für das Gebiet des Getreidebaues, für das der Fleischproduktion und ganz besonders für das der Milchwirtschaft. In all diesen Kreisen sitzt einmal der Eindruck fest — und er ist teilweise berechtigt —, daß die Unabkömmlichkeitserklärungen in Industriegebieten und Städten in viel ausgehenderem Maße anzutreffen sind, als gegenüber der Landwirtschaft. Sie können den Kopf dazu schütteln oder nicht! — Kommen Sie aufs Land hinaus, ob Sie dort irgendwo einen Mann über 18 Jahren oder unter 47 Jahren sehen! Wenn man aber in die Stadt oder in Industriegebiete kommt, da sehen Sie recht viele junge Leute. Ich begreife ja, daß man viele braucht, hauptsächlich da, wo es sich um Herstellung von Munition, und anderem Kriegsmaterial handelt. Aber ich bin auch der Meinung, daß auch auf manchem Bureau noch viele Leute sind, die viel leichter zu entbehren wären, als mancher Landwirt in einem großen Betrieb.

Die einzigen Arbeitskräfte, die man uns zur Verfügung stellt, sind Kriegsgefangene. Auch in dieser Beziehung sind mir Klagen zugetragen worden. Sie kommen ganz besonders nach Gegenden, wo Industrie ist; dort werden Gefangene verwendet. Dafür gehen aber die eigenen Leute vielfach aus dem Betrieb in die Industrie, weil sie dort ganz bedeutend mehr verdienen, während die Gefangenen nur 50 bis 60 Pf. pro Tag bekommen. Ich bin der Ansicht, es sollte eine ganz genaue Kontrolle stattfinden, daß in solchen Gebieten, wo in der Industrie eigene Leute aus der Landwirtschaft beschäftigt sind, nicht auch Gefangene beschäftigt werden sollen. Wo aus diesem Grunde ein Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft herrscht, sollten Gefangene nicht hingegeben werden; aber desto mehr für das platte Land und ganz besonders für die Gegenden, wo größere Betriebe sind.

Es gibt Leute, die der Gefangeneninspektion in dieser Hinsicht Vorwürfe machen wollen. Ich habe aber öfter Gelegenheit, mit der Gefangeneninspektion zu verkehren, und ich habe aus diesem Verkehr eine ganz andere Ansicht gewonnen als die erwähnten Leute. Ich muß gestehen, daß die Gefangeneninspektion alles anbietet, um der Landwirtschaft möglichst viel Arbeitskräfte zuzuführen, gleichviel woher sie kommen. Sie hat z. B. vor drei Monaten die Landwirtschaftskammer gebeten, einen Sachverständigen zu einer Musterung zu schicken, um weitere Leute auszumustern, die bisher noch nicht in der Land-

wirtschaft verwendet waren. Es handelte sich dabei um solche, die vielleicht mit Rücksicht auf kränklichen Zustand oder auf frühere Verwundung zurückgehalten worden sind. Die Landwirtschaftskammer hat mich dorthin entsandt um einer Musterung beizuwohnen, die auf dem Heuberg stattgefunden hat, eine derartige Musterung hat in allen Lagern stattgefunden. Die Gefangeneninspektion hat immer der Meinung Ausdruck gegeben, jeder zur Verwendung innerhalb der Landwirtschaft taugliche Mann, solle ihr freigegeben werden.

Es muß auch ihre feste Absicht anerkannt werden, überall Abhilfe zu schaffen, wo ein Mangel vorhanden ist, sei es nun in der Verpflegung der Gefangenen oder in ihrem Verhalten. Wo im einzelnen Klagen vorliegen, da sind es manchmal auch die Wachleute, die daran schuld sind. Manchmal werden, ganz besonders aufs platte Land Wachleute hinausgegeben, die keine Ahnung von den Verhältnissen haben. Wenn man Wachleute bekommt, die ihr Leben lang in der Großindustrie, in der Fabrik beschäftigt waren, so können diese die Verhältnisse in der Landwirtschaft nicht verstehen; sie wirken eher als Hemmschuh als daß sie das Geschäft fördern. Auch dieser Wunsch ist der Gefangeneninspektion nahe gelegt, sie möge ihr Augenmerk darauf richten, vom platten Land derartige Wachleute wegzuziehen. Ich möchte also nochmals ausdrücklich feststellen, daß die Gefangeneninspektion alles tut, um die Wünsche der Landwirtschaft zu befriedigen und diese ist der Gefangeneninspektion gegenüber zu großem Dank verpflichtet.

Trotz unserer an Zahl geringen Arbeitskräfte hat man aber in den letzten Jahren die Landwirtschaft doch nicht verschont: immerwährend wurden Aufnahmen, Kontrollen, Nachkontrollen vorgenommen. Ich bin der Ansicht, daß die allgemeinen Kontrollen und die Aufnahmen an Zahl etwas eingeschränkt werden könnten; ich bin auch der Ansicht, daß hier auch Stichproben genügen würden. Einmal hat man den Bestand der Ernte aufnehmen lassen; was der einzelne Landwirt eingefät hatte, weiß man, und dann hat man Listen über das was er schon abgeliefert hat. Im Oberland hat man außerdem die Hagelversicherungspolice; dort ist alles in der Hagelversicherung, es kann also nachgerechnet werden, ob alles mit der Erzeugung und mit der Ablieferung stimmt. Stichproben würden also nach meiner Überzeugung genügen und der Landwirtschaft wäre viel Mühe und Arbeit erspart. Gerade die letzte Nachkontrolle hätte man, glaube ich, bei uns in Baden ersparen können, weil kurz vorher in Baden eine Kontrolle stattgefunden hatte. Nicht nur den einzelnen Besitzern fiel es schwer, die Kontrolle durchzuführen, es fiel auch dem Kommunalverbande schwer, genügend sachverständige Leute aufzubieten, die dann diese ganze Arbeit vorgenommen haben. Ich möchte doch bitten, daß man mit dem Trommelfeuer von Verordnungen, das auf die Landwirtschaft niedergeht, etwas nachlasse, daß man die Verordnung etwas kürzer mache und überhaupt etwas einschränke. Ich kann versichern, daß in der letzten Zeit die Stimmung in der landwirtschaftlichen Bevölkerung keine erfreuliche war. Wenn man so Sonntag für Sonntag draußen ist in den Versammlungen und sich bemüht, die Leute aufzuklären, wenn man zu ihnen spricht, wie sie sich verhalten sollen, dann muß man oft erleben, daß einem Rufe entgegenkommen, wie: Haben wir in der Landwirtschaft verdient, daß man uns so behandelt wie keinen anderen Stand? Tatsächlich ist die Landwirtschaft in der letzten Zeit etwas scharf angefaßt worden; ich glaube man dürfte herzlich dafür Sorge tra-

gen, daß die Stimmung in der Landwirtschaft wieder eine bessere wird.

Nun wird man mir wohl entgegenhalten, daß die Nachkontrolle notwendig war, es habe noch so und soviel Getreide infolge der Nachkontrolle abgeliefert werden können. Ich glaube, dadurch sollte man sich nicht täuschen lassen. Man muß in Betracht ziehen, woher die großen Mengen von Getreide kamen, die jetzt noch abgeliefert worden sind. Einmal kam doch die Selbstversorgung von einem Monat in Betracht, die zurückgegeben werden mußte, weil wir — nicht nur die einzelnen Landwirte, sondern auch die Kommunen — uns nicht nur bis zum 1. August, sondern bis 15. September eingedeckt hatten. Deshalb fällt da eine beträchtliche Menge zurück. Ferner ist zu berücksichtigen die Reduzierung der Ration von 9 kg auf 6½ kg; dabei bleibt natürlich nicht viel mehr übrig, als was durch die Kontrolle irgendwie noch ans Tageslicht gebracht worden ist. Es ist ja richtig, daß da oder dort ein Landwirt erwischt worden ist, der Getreide versteckt und beiseite geschafft hat. Eine solche Erscheinung ist tief traurig, wir wollen derartige Leute nicht in Schutz nehmen. Aber auch in Zukunft wird man trotz nachträglicher nochmaliger Kontrolle und schärfster Behandlung die einzelnen, die tatsächlich etwas beiseiteschaffen wollen, daran nicht hindern können. Aber der Stand der Landwirtschaft im allgemeinen leidet doch sehr unter diesen Maßnahmen und ich möchte nochmals bitten, daß etwas mehr Rücksicht auf die Verhältnisse der Landwirtschaft genommen werde und daß sie nicht so sehr mit Aufnahmen und Kontrollen belästigt wird.

Nach der Abgabe von Getreide sind jetzt die Landwirte hart daran, besonders diejenigen, welche nicht mehr im Besitz von Gerste waren. Sie sind nicht mehr in der Lage, ihr Brot zu strecken. Ich weiß nicht, wie ein Landwirt bei der Festsetzung von 6½ kg pro Kopf und Monat auskommen soll. Ich bin der Ansicht, wenn, ganz besonders im Sommer, jemand als Schwerarbeiter anerkannt werden muß, so ist es der Landwirt. Er ist recht oft genötigt, draußen im Freien sein Brot zu essen. Bekanntlich kann derjenige viel einfacher und besser auskommen, der seine Mahlzeiten am Tisch sitzend einnehmen kann als derjenige, der im Freien sein muß dabei. Aber nicht nur im Sommer ist der Landwirt als Schwerarbeiter zu rechnen, sondern auch im Winter. Wir haben nun einmal wenig Arbeitskräfte, die voll und ganz angespannt sind. In kleineren Betrieben sind es die Betriebsunternehmer oder junge Leute, die im landwirtschaftlichen Betrieb und nebenher im Wald usw. beschäftigt sind, immer auch eine harte Arbeit; deshalb dürfte man ganz gut die Landwirte zu den Schwerarbeitern zählen.

Der Herr Berichterstatter hat auch von den Fleischzulagen gesprochen; er hat dabei betont, in der Kommission sei zum Ausdruck gekommen, daß diese Fleischzulagen teilweise Verstimmung hervorgerufen und böses Blut gemacht haben. Schon in der Budgetkommission habe ich darauf hingewiesen, daß wohl noch keine Verordnung derartige Verstimmung unter der ländlichen Bevölkerung hervorgerufen hat wie eben diese Bestimmung mit der Fleischzulage. Ich habe dort betont, die Zulage werde in größeren Städten und auch in Industriegebieten angebracht sein, draußen aber auf dem platten Lande und in kleinen Städten hätte man die Sache doch beschränken können und beschränken sollen auf einzelne Personen, die besonders bedürftig sind.

So aber, wie die Bestimmungen jetzt sind, taugen sie jedenfalls nichts und sie schaffen nur böses Blut. Die Entzündung besteht ganz besonders in den Kreisen der Land-

wirtschaft und wiederum am meisten in den Kreisen der Selbstversorger; denn bekanntlich kommen die Selbstversorger einmal schon jetzt schlecht weg, weil ihnen nur ½ Pfund ihres Fleischvorrats angerechnet wird, nicht ein Gramm mehr. Zweitens sind viele kleine Leute, die sich unter mancherlei Opfern schon ein Schwein gemästet hatten und es geschlachtet haben, nicht in den Genuß der Fleischzulage gelangt. Ich bin der Meinung, von diesen 535 Millionen hätten nicht nur manche Millionen, nein manche Hundert Millionen erspart werden können.

Es ist betont worden, daß ja dem Selbstversorger das erste halbe Schwein nicht angerechnet wurde. Demgegenüber aber muß man wieder betonen, daß der Landwirt und Selbstversorger unbedingt genötigt ist, das Fleisch — vorausgesetzt, daß er wirklich fürs ganze Jahr Vorrat haben will, wie es ihm angerechnet wird — zu salzen und zu räuchern; das bedingt bis zu 30 % Abgang. Ferner ist zu bedenken, daß immer diejenige Hausfrau besser daran ist, die grünes Fleisch zusehen kann am Fleischtag als diejenige, die Rauchfleisch zusehen muß. Sie wird bei der Verteilung auf einzelne Personen besser zuwege kommen, als diejenige, die mit Rauchfleisch hantieren muß. Die ganze Einrichtung hat nur dazu geführt, daß unsere Schweinebestände ruiniert worden sind. Ich weiß nicht, ob es nicht gut wäre, wenn die Grobsh. Regierung doch vielleicht der Sache nachginge, ob überall das geschlachtet werden muß und geschlachtet werden soll, was den einzelnen Kommunalverbänden oder Gemeinden zuguteilte worden ist.

Ebenso verhält es sich mit der Abschachtung von unseren Rinderbeständen. Im Oberland, wo große Rinderbestände sind, wird es ja nicht so sehr schwer fallen, dort wird man es nicht so spüren; aber ich bin überzeugt, daß im badischen Mittelland, wo durchweg Zwergebetriebe sind, doch in manchen Viehbestand in einer Weise eingegriffen wird, die nicht ohne Schädigung an einzelnen Betrieben vorübergeht. Ganz besonders aus diesem Grund sollte man auf die vielen Schlachtungen Rücksicht nehmen, weil, wie uns von der Grobsh. Regierung mitgeteilt worden ist, ja zurzeit von der Fischabsatzgesellschaft mitgeteilt wird, daß ihr Fischvorräte liegen bleiben und deswegen dem Verderben entgegengehen. Wenn wir genügend Fische, sogar so viele haben, daß sie dem Verderb ausgesetzt sind, dann sollten zuerst diese verzehrt werden, ehe zu neuen Schlachtungen gegriffen wird.

Soviel über die Ernährungsfragen. Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, wie in der Kommission die Grobsh. Regierung ersucht worden sei, wenn irgend möglich die neue Verordnung über Beschlagnahme der Brennkessel zu ändern und auf eine solche Änderung bei der Reichsregierung hinzuwirken. Namens meiner politischen Freunde habe ich die Angelegenheit angeregt. Der Wunsch ist uns hauptsächlich von Edelbranntweinbrennern unterbreitet worden und ich möchte auch noch namens dieser Edelbranntweinbrenner bitten, daß Abstand von einer Durchführung genommen werden. Von früheren Verordnungen her wissen wir, daß nur noch 20 Prozent der Brenngeschirre in der Gemeinde verbleiben — jetzt gar nur ein Stück! Damit können die Gemeinden nicht ausreichen; das ist ein Unding; das erkennt man sofort, wenn man weiß, wie die Gemeinden oft in den Schwarzwaldtälern zerstreut liegen, wo man den meisten und besten Edelbranntwein noch brennt und gebrannt hat. Es sollte möglich sein, daß solchen entlegenen Hofgütern ihre kleinen Brenngeschirre belassen bleiben. In der Verordnung heißt es: „bei gewerblichen Brennereien wird von der Einziehung Abstand genom-

men". Ich meine, nützlicher und vorteilhafter wäre es, wenn man von den Großbetrieben, wo drei und vier Brennkessel eingerichtet sind, einen wegnehmen würde; das würde einmal mehr Kupfer liefern und außerdem wäre der Betrieb nicht lahmgelegt; so wie er jetzt benützt werden darf, könnte er noch vollständig ausgenutzt werden, die Leute könnten noch ihr vollständiges Kontingent brennen und der Kleinbrennerei wäre jedenfalls der Schaden nicht zugefügt.

Ich habe ferner bei jener Beratung darauf hingewiesen, man mühe dafür sorgen, daß wenn die Geschirre eingezogen werden, jedenfalls auch fernerhin der sogenannten Hausbrennerei die Möglichkeit gewährt wird, sich neue Brenngeschirre anzuschaffen. Überhaupt wird man dazu übergehen müssen, daß nach dem Krieg, wenn wir wieder geordnete Verhältnisse haben, nicht so viel Brenngeschirre angeschafft werden, so daß später eine bessere Ausnützung der Maische und des Brennmaterials, wie sie auf den größeren Brennereien erzielt wird, und zwar auf dem Wege der Genossenschaftsbildung erfolgt. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Rechte auch auf die Genossenschaften übertragbar sind.

Was die Verwendung der Kriegskredite anbelangt, so möchte ich dazu noch einige Worte sagen. Seit vielen Jahren hat die Großh. Regierung immerwährend zur Beschaffung von landwirtschaftlichen Maschinen Zuschüsse gegeben, aber nur dann, wenn die Maschinen von Organisationen oder von Gemeinden angeschafft worden sind. Jetzt, während der Kriegszeit, ist man dazu übergegangen, auch den einzelnen Betrieben bei solchen Anschaffungen Beihilfen zu gewähren. Das ist in den Kreisen der größeren Landwirte sehr begrüßt worden, weil es auch denjenigen zugute kommt, die nicht finanziell kräftig genug sind, derartige Maschinen anzuschaffen. Die Anschaffung ist ja nicht nur von Vorteil für den einzelnen Betrieb, sondern von großem Vorteil für die gesamte Volksernährung und die gesamte Produktion.

Was die Beteiligung Badens an den Kriegsgesellschaften anbelangt, so bin ich nach dem, wie ich die Angelegenheit in der Budgetkommission verstanden habe, der Meinung, daß die Stimmung im allgemeinen für die Kriegsgesellschaften nicht günstig ist. Allgemein war man mit deren Leistungen nicht zufrieden. Draußen im Volksmunde hat man für die Kriegsgesellschaften ja verschiedene Namen; ich möchte sie hier nicht wiederholen; aber das eine muß doch gesagt sein, daß die Überschüsse, die bisher gemacht wurden, jedenfalls in Zukunft von den jetzt noch existierenden Gesellschaften nicht mehr gemacht werden sollten. Die Großh. Regierung hat wohl bemerkt, daß diese Überschüsse ja zu einem wohlthätigen oder gemeinnützigen Zweck verwendet würden, diese fielen in die Reichskasse. Aber ich bin der Ansicht, wenn doch alles so furchtbar teuer ist, sollte man keine größeren Zuschläge machen als nötig ist, daß etwaige Ausfälle gedeckt werden können, aber nicht so, daß von derartigen Gesellschaften Millionen erwirtschaftet werden; man sollte sich bestreben, die Preise so nieder als irgend möglich zu bemessen.

Die Reichskartoffelstelle, an der sich die badische Regierung beteiligt hat, ist nach den Mitteilungen aufgelöst worden. Wenn diese Reichskartoffelstelle mitgewirkt hat an der Bewirtschaftung der Kartoffeln in den letzten Jahren, dann wird, glaube ich, dieser Gesellschaft kein Mensch eine Träne nachweinen; denn diese Bewirtschaftung war von A bis Z eine verfehlte. Einmal war es ein Fehler, daß die Ernte bei uns im Süden über-

schätzt worden ist. Dann war es möglich — ich neige zu der Ansicht, weil ich damals in Schlesien und Posen war —, daß dort eine Unterschätzung der Ernte stattfand. Dann war der Preis der Frühkartoffeln zu hoch und der der Spätkartoffeln zu nieder. Ein großer Fehler war so dann die Zuteilung der Menge für den einzelnen Kopf, weil diejenigen, die sich selbst versorgten oder Bezugsquellen hatten, sich viel zu große Kartoffelbestände eingelegt haben und diese Zuteilung teilweise auch verwendet haben zur Unterhaltung von Pensionschweinen, also nicht rationell gewirtschaftet haben. Es ist in der Kommission davon gesprochen worden, daß die Meinung darüber, wie man die Bewirtschaftung der Kartoffeln im nächsten Jahre machen soll, auseinandergehen. Es ist hauptsächlich darauf hingewiesen worden, daß die ganze Ernte des Landwirts schon im Herbst festgestellt werden soll, und von einer Seite der Kommission ist beantragt worden, daß jeder einzelne Wagen Kartoffeln sofort auf die Wage geführt werden und womöglich sofort abgeliefert werden solle. Eine derartige Handhabung ist jedenfalls unmöglich. Wie wäre es möglich, im Herbst, wenn die Kartoffelernte einmal richtig eingekehrt hat, in einer Gemeinde alles das zu machen, besonders da, wo keine große Gemeindevage ist, auf der die Wagen gewogen werden können? Es wäre ein Ding der reinen Unmöglichkeit. Ich glaube, so läßt sich die Sache nicht durchführen. Dagegen hätten die Landwirte nichts dagegen, wenn sie einen großen Teil ihrer Kartoffeln, die sie doch abliefern müssen, sofort abstoßen könnten, damit wären sie gern einverstanden; aber nicht in der Zeit, wo sie noch ihre Herbstsaat zu bestellen haben, sondern nach der Saatzeit, vielleicht Ende Oktober oder Anfang November. Ich glaube, es wäre auch ein Vorteil, wenn in kleinen, vielleicht auch in großen Städten an zuverlässige Familien ein Teil des Bestandes, den sie für die ersten Wintermonate brauchen, ausgegeben würde. Dadurch würde sowohl den Landwirten als den einzelnen Gemeinden eine große Last und Arbeit abgenommen, um so mehr, wenn man die Kartoffeln nur an Leute gibt, von denen man weiß, daß sie sie auch zu behandeln verstehen. Ich bin der Ansicht, daß man diese Frage doch ernstlich erwägen sollte, und daß es gut wäre, jedem Kommunalverband freie Hand zu lassen, es so einzurichten, wie er es für am besten hält, und daß man sie nicht in eine Zwangsjacke hineinsteckt, die für den einen Kommunalverband gut sein kann, für den anderen aber nichts taugt.

Was die Beschaffung der Saatkartoffeln anlangt, möchte ich nicht noch einmal auf alles eingehen, was gesagt worden ist. Aber das Eine darf gesagt werden, daß es ein Unfug ist, wie es mit den Saatkartoffeln gehandhabt worden ist, daß wir in Süddeutschland alle Kartoffeln als Speisefkartoffeln abliefern mußten, während in Norddeutschland viele Betriebe, die früher kein Saatgut erzeugt haben, dazu übergegangen sind, ihre sämtlichen Bestände als Saatkartoffeln anzumelden und sich dadurch jeder Kontrolle entzogen haben. Es fällt den Landwirten sehr schwer, die eigenen Kartoffeln im Herbst für 8 M. für den Doppelzentner abgegeben zu haben, und jetzt im Frühjahr den einfachen Zentner mit 10 bis 15 M. bezahlen zu müssen. Ich möchte bitten, dafür Sorge zu tragen, daß in Zukunft derartige Mißstände nicht mehr vorkommen, sondern jedem Landwirt sein Saatgut gelassen wird, damit er nicht in die Zwangslage kommt, sich unbedingt teureres Saatgut beschaffen zu müssen.

Ferner sollte von der Großh. Regierung dahin Vorfrage getroffen werden, daß der Preis der Saatkartoffeln und der Speisefkartoffeln in einem richtigen Verhält-

nis steht, nicht aber in einem derartigen Mißverhältnis, wie das im letzten Jahre war. Man hat in Baden für die Beschaffung von Saatkartoffeln sehr viel getan, besonders die landwirtschaftlichen Organisationen haben sich sehr angestrengt. Es haben sich aber bald da, bald dort wieder Einflüsse geltend gemacht, die den Versand der Saatkartoffeln beschränkt und verzögert haben, und so stehen wir jetzt vor der Tatsache, daß die meisten Saatkartoffeln jetzt eintreffen, nachdem die Bestellzeit schon längst vorbei ist.

Was die Qualität der Saatkartoffeln anlangt, so kann ich den Ausführungen des Herrn Berichtserstatters nicht beipflichten. Gewiß wird da und dort gute Qualität geliefert. Ich habe aber gestern in Freiburg Saatkartoffeln gesehen, ich weiß nicht, was ein Kommunalverband getan hätte, wenn ein Landwirt im Herbst solche Kartoffeln als Speisekartoffeln geliefert hätte! Da die Kartoffeln in Mieten überwintert wurden, stecken sie jetzt voll von Dreck und Stroh, alles ist untereinander; dazu kommt dann der Transport und die warme Witterung, und da kann man sich denken, wie dieses Saatgut aussieht (Zuruf: Wo kam der Wagen her?). Der Wagen kam aus dem Osten, aus dem Regierungsbezirk Posen. — Das ist aber keine vereinzelte Erscheinung. Wo nicht Vertreter der kaufenden Organisation die Verladung vornehmen, muß man gewärtig sein, derartige Waren zu bekommen. Über solche Ware darf man sich aber noch nicht einmal aufhalten und abfällig urteilen, sonst sind die Herren sofort dabei und senden sie anderswohin. Ich habe in der Kommission schon ausgeführt, daß, wenn man überhaupt Ware bekommen will, man Trink- und Schmiergelder bezahlen muß von unten bis oben. Jeder Käufer will seine Sache verladen haben und die Bestellzeit ist bereits vorbei, und da muß man dann dazu übergehen, derartige Trink- und Schmiergelder zu bezahlen, was eine sehr bedauerliche Erscheinung ist. Ich bin der Meinung, daß infolge des zu späten Eintreffens des Saatguts und des großen Mangels daran da und dort ein Saatgut verwendet worden ist, das nicht hätte verwendet werden sollen, oder daß es zerfleinert worden ist, was nicht erwünscht war. Da kann nur Eines helfen, wenn die Witterung sehr gut ist, daß die Keime alle aufgehen und die Ernte nicht beeinträchtigt wird.

Ich hätte noch den einen Wunsch, wenn die landwirtschaftlichen Organisationen dazu übergehen, sich schon im Herbst das Saatgut zu beschaffen, — was uns im letzten Herbst gelungen ist, bis die allgemeine Sperre seitens des Reiches kam — dann möge uns die Regierung unterstützen. Wir werden alles tun, um das nötige Saatgut sicherzustellen zu einem Preis, der in richtigem Verhältnis zu den Speisekartoffeln steht.

Unter Ziffer 14 der Nachweisung für die Verwendung der Kriegskredite sind Beiträge eingesetzt, die die Großh. Regierung dazu verwendet hat zur Unterstützung des Abschlusses von Schweinemastverträgen, die zugunsten der Städte abgeschlossen worden sind. Das ist jetzt nicht mehr möglich, weil zur Zeit kein Futter mehr zur Verfügung steht für Privatabschlüsse, sondern nur noch für Abschlüsse der Militärverwaltung. Nun haben wir in Erfahrung gebracht, daß unsere Fleischversorgungsstelle sich geweigert haben soll, Verträge für die Militärverwaltung abzuschließen zu lassen. Wenn das so ist, so halte ich das für einen schlimmen Fehler, weil wir in den letzten sechs Wochen ohne Futter waren, während auf der Futterverteilungsstelle Tausende von Zentnern lagen. Da sollte vonseiten der Fleischversorgung sofort

zugegriffen werden. Das Futter kann nicht nur verwendet werden für die Schweine, die für die Militärverwaltung gemästet werden, sondern man kann mit demselben Futter auch zwei Schweine füttern, und dann bleibt immer noch etwas übrig für den eigenen Haushalt oder für den Verkauf an die großen Städte. Wenn wieder einmal der Fall eintritt, so bitte ich, daß keine Schwierigkeiten gemacht werden, wenn die Landwirtschaftskammer wieder Abschlüsse machen will mit der Militärverwaltung.

Die Obst- und Gemüsestelle, die im Reich errichtet worden ist, wird uns in Baden nicht viel beschäftigen und auch nicht viel belästigen. Es sind Gemüsebauverträge abgeschlossen worden vonseiten der Militärverwaltung, von dem Städteeinkauf und vonseiten der einzelnen großen Städte. Ich glaube, es wäre zu wünschen, daß man auf dem Gebiete des Gemüsebaues auch des Gemüsevertriebs einigermaßen freies Spiel ließe. Denn das Gemüse verträgt es nicht, daß man es lange herumstehen läßt und weit befördert, sodaß der direkte Verkehr vom Produzenten zum Konsumenten am besten ist. Was die Obst- und Beerenversorgung anlangt, so ist vom Reich, wie mir mitgeteilt wird, Baden das Recht zugestanden worden, alles wieder so in die Hand zu nehmen und zu bewirtschaften, wie es im letzten Jahr der Fall war. Ich glaube, daß die Obstversorgung in diesem Jahre besser funktionieren wird als im letzten Jahre. Im letzten Jahre ist ja viel geschimpft worden über die Badische Obstversorgung, und es ist viel an ihr ausgeübt worden. Aber man muß auch die Umstände betrachten, unter denen sie geschaffen worden ist. Sie ist geschaffen worden in der Zeit der vollen Ernte. Dazu kam, daß es an geeignetem Personal gefehlt hat, daß von der Behörde draußen auch nicht immer die richtigen Aufkäufer und Unterkäufer angegeben worden sind. Dazu kam ferner, daß von der Reichsverwaltung auf einmal Kommissionäre nach Baden geschickt worden sind, die mit dem Aufkauf angefangen und einen Durcheinander in die Preise gebracht haben. Alle diese Verhältnisse haben mitgewirkt, daß die Obstversorgung ihre Geschäfte nicht in geregelter Weise versorgen konnte. Ich glaube aber, heute ist die ganze Organisation so weit ausgebaut, daß man volles Vertrauen dazu haben kann, daß die Sache gut funktioniert, um so mehr weil der Mann, der die Sache in der Hand hat, eine sehr energische und fleißige Arbeitskraft ist.

Was die Beteiligung Badens an der Reichsgerstengesellschaft anbelangt, so ist ganz richtig, was der Herr Berichtserstatter schon gesagt hat, daß man mit der Leistung dieser Gesellschaft nicht überall zufrieden ist. Das beweisen auch schon die Wandlungen, die diese Gesellschaft durchgemacht hat. Zuerst hatten wir eine Reichsgersterverwertungsgesellschaft, dann wurde sie umgewandelt in eine Reichsgerstengesellschaft, und jetzt ist sie wieder in eine untergeordnete Gesellschaft umgewandelt, die eigentlich unter der Leitung der Reichsgetreidestelle steht.

Ich habe im vorigen Jahre im Ernährungsbeirat die Ansicht ausgesprochen, daß es vielleicht gut wäre, für uns in Baden eine eigene Gerstestelle zu errichten, ähnlich wie es in Bayern der Fall ist. Noch viel besser wäre es jedenfalls, wenn man eine s i i d d e u t s c h e Gerstestelle errichten würde für die süddeutschen Bundesstaaten, für Baden, Württemberg und Bayern, vielleicht auch noch mit Einschluß von Elsaß und Hessen. Jedenfalls würden dann unsere Brauereien besser versorgt werden, als es in den letzten Jahren der Fall war und gegenwärtig der Fall ist. Tatsächlich sind manche Brauereien erst mit 15 bis 16 Prozent versorgt, und das ist für unsere Brau-

industrie, wo wir die starken Durchmärsche und die starke Belegung mit Militär haben, von großem Nachteil; aber nicht nur für die Brauindustrie, sondern auch für die Privaten, weil wir nicht das uns zustehende Quantum Bier bekommen, wie andere Gegenden. Das Ministerium des Innern hat damals daraufhin eine Besprechung in seinen Räumen anberaunt, in dem die Großbrauereien, die Mittelbrauereien und auch die Kleinbrauer vertreten waren. Aber ganz besonders die Vertreter der Großbrauereien waren es, die es nicht für gut gefunden haben, eine eigene Gerstenstelle für uns in Baden ins Leben zu rufen. Ich glaube, heute wären sie vielleicht anderer Meinung. Während sie damals noch gut versorgt worden sind, ist das heute nicht mehr der Fall. Wir haben an dem Beispiel in Bayern gesehen, daß die dortigen Brauereien vollauf versorgt wurden, bis 25 Prozent, daß dort noch ein Überschuß von 12 bis 16 Prozent an Gerste von den Produzenten abgeliefert worden ist und wenn es ferner richtig ist, daß in Norddeutschland Kommunalverbände sind, die bis im März erst 15 bis 16 Prozent abgeliefert haben, so liegt es auf der Hand, daß unsere badische Gerste jedenfalls nicht in dem Anteil unserer badischen Brauereien zukommt, wie sie ihnen zukommen sollte.

Noch viel mißlicher für unsere badischen Brauereien und für die Landwirtschaft und den gesamten Gerstenbau in Süddeutschland sind die Bestimmungen im neuen Wirtschaftsplan für die Bewirtschaftung der Gerste. Wie schon der Herr Berichterstatter hervorgehoben hat, soll alle Gerste nach einem Preise bewertet werden. Dann aber wird die ganze Erntearbeit der Gerste nicht mehr in dem Maße vollzogen werden, wie in den anderen Jahren, wo jeder Einzelne bestrebt war, eine gute Qualität Gerste zu produzieren. Der Anbau der Gerste wird notleiden, zuletzt ist es der Bierbrauer, der darunter leidet, weil ihm die Gerste in rohem Zustand zugeführt wird, und er wird dann viel mehr Auspuggerste, viel mehr Schwimngerste haben und daher nicht mehr das ihm zustehende Kontingent Malz bekommen. Wenn irgend möglich, sollte die Groß-Regierung dahin vorstellig werden, daß in Baden für Qualitätsgerste höhere Preise bezahlt werden dürfen, um so mehr, weil wir in Baden große Bezirke haben, hauptsächlich die Pfalz, aber auch Teile des Oberlandes und Hinterlandes, wo sehr gute Braugersten gebaut werden. In dieser Beziehung sind die neuen Bestimmungen ein sehr großer Nachteil für unsere gerstenbauende Landwirtschaft.

Wenn wir die Mitteilungen, die uns die Groß-Regierung über die Tätigkeit der *Revs-gesellschaft* gemacht hat, betrachten und sehen, wer im Aufsichtsrat dieser Gesellschaften sitzt, so sind wir ja jedenfalls alle der Meinung, daß diese Herren alle vollauf ihre Pflicht tun und sie auch vollständig fähig sind, was die theoretische Verwaltung anlangt, ihres Amtes dort zu walten. Aber wir sehen an den Bestimmungen, die immerwährend gemacht werden, und den Geschäften, die diese Gesellschaften machen, daß bei allen ihren Ausführungsbestimmungen auf unsere süddeutschen Verhältnisse wenig Rücksicht genommen wird. Ich glaube, es fehlt in diesen Gesellschaften das Verständnis für unsere süddeutschen Verhältnisse, das bei der Bewirtschaftung dieser Waren notwendig ist, und es wäre wünschenswert, wenn in dieser Beziehung eine Änderung erfolgen könnte.

Wenn man alle die Wünsche und Beschwerden, die einem Abgeordneten aus dem Kreise der Landwirtschaft immerwährend zugetragen werden und auch aus den Kreisen der

Konsumenten, nicht nur der Produzenten, vortragen wollte, so könnte man natürlich tagelang fortmachen. Wenn ich hauptsächlich nur vom Produzentenstand aus gesprochen habe, so werden Sie das begreifen, wenn man selber Produzent ist, und um so mehr, wenn man tätig ist bei der größten Organisation der Produzenten und ganz besonders in leitender Stellung. Sie werden da begreifen, daß man zuerst alle diejenigen Anliegen vorträgt, die einem am nächsten liegen, um so mehr, da nach mir und in der nächstfolgenden Debatte noch mehrere Redner kommen werden, die nur vom Standpunkt der Konsumenten und der Konsumentenpolitik aus sprechen werden.

Der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß Verhältnis zwischen Stadt und Land sei ein besseres geworden. Ich kann dem nicht vollständig beipflichten. Man kommt hier und da einmal in die Lage, in der Gesellschaft von Städtern zu sein. Ganz besonders dann, wenn man unbekannt ist, da könnte man fast der Meinung sein, als ob sich die Verhältnisse im letzten Jahre noch mehr zugespitzt hätten. Ganz richtig ist, wenn er gemeint hat, daß in vielen Kreisen der Städter die Ansicht verbreitet ist, als hänge bei den Landwirten draußen alles voll mit Speckseiten, als stehe alles voll mit Butter, Eiern, Milch usw. Dabei haben viele Kreise in der Stadt gar keine Ahnung davon, wie einfach und wie sparsam der einzelne Landwirt draußen lebt und wie vielfach man überhaupt auf dem Lande draußen zu leben gewohnt ist (Sehr richtig!).

Der Herr Berichterstatter hat gemeint, die Landwirte hätten viele Kartoffeln verfüttert. Ich kann dem Herrn Berichterstatter mitteilen, daß in manchen Bauernfamilien, und zwar in großen Bauernfamilien, infolge der Mißernte an Kartoffeln im letzten Winter nicht nur keine Kartoffeln verfüttert worden sind, sondern nicht einmal genügend Kartoffeln zum Essen vorhanden waren (Sehr richtig!) und daß man in vielen landwirtschaftlichen Betrieben viel sparsamer mit der Kartoffel gewirtschaftet hat als vielleicht in Familien, die mit Kartoffeln versorgt werden mußten. Ich bin der Ansicht, daß es in der Stadt noch viele Leute gibt, die viel besser leben, als draußen auf dem Lande allgemein gelebt wird. Es ist bedauerlich, daß es in der Stadt solche Leute gibt, denn sie zehren von dem Teil derjenigen, die zu wenig bekommen. Wenn alles richtig verteilt wäre — das habe ich schon früher mehrmals betont — hätte jeder Einzelne das, was er für sich zum Lebensunterhalt braucht. Man macht auch die Beobachtung, wenn da und dort ein Landwirt wegen Übertretung des Höchstpreisesgesetzes oder irgend einer anderen Verordnung bestraft wird, daß sofort alle Zeitungen sich eingehend darüber auslassen; auch in den städtischen Kreisen spricht man natürlich recht gern davon. Aber wir haben ja auch heute wieder gehört, daß in der Stadt recht viele Übertretungen vorkommen, und wir wissen das ja auch aus eigener Erfahrung. Man wird ja als Landwirt recht oft von Städtern darum angegangen, ob es nicht möglich wäre, ihnen irgend etwas zu verschaffen usw. Es gibt auch solche, die es schließlich tun. Wenn man ferner gehört hat, wie viel Brotmarken nur in Karlsruhe zu viel ausgegeben werden, wenn man ferner aus den Reichstagsverhandlungen erfahren hat, daß 5 Millionen Brotmarken in den Großstädten zu viel im Umlauf sind, so glaube ich, ist die Zahl der Sünder auf diesen Gebieten jedenfalls in den städtischen Kreisen viel größer als in der ländlichen Kreisen (Abg. Dr. Schofer: Intra et extra muros!)

Ich bin nicht dafür, daß man immerwährend und hoch strafen soll. Im Gegenteil! Aber ich bin der Ansicht, wenn Strafen verhängt werden, dann soll, wie ich schon betont habe, auf die Motive Rücksicht genommen werden, aus denen heraus die Übertretung der Verordnung erfolgt ist, ob jemand sie aus Not übertreten hat oder ob es der große Geldbeutel war, der ihn dazu verführt hat, die Verordnung zu übertreten.

Daß die Stimmung auf dem Lande gegenüber der Stadt keine schlechte ist, das hat der Herr Berichterstatter schon betont, indem er darauf hingewiesen hat, daß jetzt die Landleute wieder viele Kinder zu sich nehmen, das haben Sie auch gesehen bei den Sammlungen z. B. für die Sündenburgspende, das haben Sie ferner daran sehen können, daß unsere Schulkinder draußen auf dem Lande so viel für die Schulkinder in der Stadt gesammelt und abgeschickt haben. Deshalb wäre es gut, wenn die harten Worte, die da und dort Städter gegenüber der Landwirtschaft in Anwendung bringen, in Zukunft mehr und mehr verstummen würden. Ich habe auch die Überzeugung bekommen, daß es hauptsächlich diejenigen Leute sind, die in der Stadt über die Landwirtschaft schimpfen und über die Landwirtschaft losziehen, die teilweise von draußen kommen, denen draußen die Arbeit zu schwer war und denen auch früher der Speck auf dem Lande zu fett war (Geiterkeit und Sehr richtig!). Ich glaube, in dieser schweren Zeit sollte man doch dahin wirken, daß man scheidlich und friedlich neben einander leben und nebeneinander schaffen könnte, und es wäre höchste Zeit, daß der Städter einmal zur Einsicht kommen und anerkennen würde, welsch' schwere Arbeit die Landwirtschaft immerwährend zu leisten hat und welsch' guter Wille vonseiten der Landwirtschaft der Stadt entgegengebracht wird.

Man hat früher der Großh. Regierung oft einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie so viel für die Hebung und Förderung der Landwirtschaft verwendet hat, ganz besonders auf dem Gebiete der Viehproduktion und auf dem Gebiete des Tierzuchtwesens. Wenn die Taten der Großh. Regierung auf diesem Gebiete je gerechtfertigt worden sind, so ist es in der jetzigen Zeit geschehen. Die jetzige schwere Zeit hat sie belohnt für all das, was sie der Landwirtschaft früher schon getan hat. Ich glaube, es sollte auch in der Zukunft so gehalten werden, daß ein einträchtiges Zusammenarbeiten zwischen der Großh. Regierung und Stadt und Land möglich ist. Wenn je ein derartiges Zusammenarbeiten und eine enge Fühlungnahme notwendig war, so in der jetzigen Zeit, und ich bin überzeugt, wenn die Großh. Regierung, Stadt und Land Hand in Hand miteinander die Arbeit der jetzigen schweren Lage verrichten und der gute Wille anhält, dann werden wir durchhalten, bis uns der Sieg und der Friede beschieden ist (Lebhafter Beifall beim Zentrum).

Abg. Dietrich (natl.):

Die Grundlagen unserer heutigen Verhandlungen bilden die Kriegskredite. Diese Kriegskredite haben an sich einen Umfang angenommen, aus dem man schließen könnte, daß sie für die badischen Finanzen in der Zukunft eine Schwierigkeit bedeuten möchten. Wir haben aber aus den Ausführungen des Herrn Finanzministers entnommen, und der Herr Finanzminister hat es ja auch ausdrücklich betont, daß das tatsächlich nicht der Fall ist, unter der Voraussetzung, daß diese Aufwendungen, die wir im Kriege gemacht haben, uns vom Reiche so

weit rückerzsetzt werden, als das Reich zu diesem Rückersatz verpflichtet ist. Die Kriegskredite sind fast ausschließlich dazu aufgewendet worden, um den Gemeinden das auszuzahlen, was das Reich den Gemeinden schuldig geblieben ist, und wenn man diesen Betrag von dem Gesamtbetrage der Kriegskredite abzieht, so bleibt nicht sehr viel als Last für den badischen Staat übrig. Es bleibt übrig auf der einen Seite die Zinsenlast, die dem badischen Staate dadurch erwächst, daß er das Geld den Gemeinden unverzüglich hingegeben hat und es seinerseits verzinsen muß; und es bleiben dem badischen Staate übrig als zweiter Hauptaufwand die Ausgaben, die er macht, um die Gemeinden in ihren Wohltätigkeitsbestrebungen während des Krieges und in ihrer Lebensmittelförderung zu unterstützen. Wir dürfen daher annehmen — das hat ja der Herr Minister auch gesagt — daß, wenn der Krieg zu Ende sein wird und wenn das Reich Baden gegenüber seinen Verpflichtungen nachkommt, Baden ohne Schulden aus dem Kriege herauskommen wird, daß es sogar in der Lage sein würde, die Amortisationskasse wieder etwas aufzufüllen. Man könnte also insofern dem Frieden mit Ruhe entgegensehen, und man wird auch im heutigen Moment schon nicht nur an den Krieg und an die durch den Krieg bedingten Zustände, sondern auch an das denken müssen, was nach dem Kriege kommt. Hier erwächst dem Staate eine große Aufgabe; es ist vielleicht gut, wenn es heute schon ausgesprochen wird, daß wir nicht noch einmal das durchmachen sollen und dürfen, was wir im Kriege durchgemacht haben, daß wir unvorbereitet vor Aufgaben gestellt werden, die wir nicht zu meistern verstehen. Wir müssen uns heute schon überlegen, wohin wir steuern, und hier wird es Aufgabe des Staates sein, — das wird namentlich bei den Mittelstandsfragen noch zu berühren sein — dafür zu sorgen, daß nach Kriegsschluß die Leute sofort in Beschäftigung und Arbeit kommen können. Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß der Staat namentlich solche Bauten vorbereitet, für die er die nötigen Materialien hat. Ich sage das im Zusammenhange mit der Bemerkungen über die Finanzen deswegen, weil ich der Meinung bin, daß die Großh. Regierung wohl die Mittel zur Hand haben wird, um nach dem Kriege namentlich die Bauten alle wieder aufzunehmen, welche jetzt liegen geblieben sind und welche Tiefbauten sind, weil bei diesen Bauten das nötige Rohmaterial vorhanden ist, während es z. B. bei anderen Dingen, nehmen wir einmal die Hochbauten, zunächst an dem nötigen Material fehlen wird und man beim besten Willen dort nicht vorwärts kommen wird, selbst wenn man alle Vorbereitungen getroffen hat. Wenn das Reich nicht in unsere badischen Finanzen in einer Weise eingreift, die eine geordnete Wirtschaft unmöglich machen, so dürfen wir mit unseren badischen Staatsfinanzen recht zufrieden sein, und ich bin der Meinung, daß das Reich schon noch Mittel und Wege finden wird, um die Lage der Bundesstaaten auf finanziellem Gebiet erträglich zu gestalten. Dazu aber wäre es erforderlich, daß man alle diejenigen Verdienste, die jetzt im Kriege gemacht worden sind und die mit dem Wucher auf allen möglichen Gebieten, mit den Kriegslieferungen und mit den Lebensmitteln zusammenhängen, auch zu erfassen imstande wäre. Wenn wir nach dem Kriege Steuern erheben wollen, so müssen wir große Steuern erheben, Steuern, die Milliarden hereinbringen, sonst kommen wir aus der schwierigen Lage, in der sich das Reich befindet, nicht mehr heraus. Dazu wäre aber Voraussetzung, daß man für dieses Steueraufbringen auch die

nötigen Grundlagen hat, und dazu wäre notwendig, daß man die Leute einmal zwingt, richtig zu fätieren, was sie haben (Sehr richtig!). Das Reich, das heute von jedem verlangt, daß er sich im Notfalle totschießen läßt, sollte auch von jedem verlangen, daß er sein Vermögen richtig angibt (Sehr richtig!) und sollte es deswegen verlangen, weil wir sonst nicht in geordnete Zustände hineinkommen und weil wir sonst große Gefahr laufen, daß unsere Bevölkerung auch das Bewußtsein für Recht und Notwendigkeit verlieren wird (Sehr richtig!). Wir sind ja auch in der Gefahr, daß, wenn der Krieg zu Ende geht und die Grenzen aufgemacht werden, jeder Spitzbube, der sich jetzt im deutschen Reiche bereichert hat, sein Geld schleunigst über die Grenze bringt. Es ist nirgends etwas davon zu bemerken und zu spüren, daß etwa die Regierung in Berlin oder in den einzelnen Bundesstaaten daran denkt, dem einen Niegel vorzuschieben. Wir haben jetzt wohl die Grenzen nach verschiedenen Richtungen gesperrt. Aber in dieser Beziehung sind sie nicht genügend gesperrt. Wir müßten vor Kriegsschluß dafür sorgen, daß wir die gesamten Vermögen, die im Kriege verdient worden sind, restlos erfassen und wenn es um den Preis wäre, daß wir bestimmen: Jeder Vermögensbestandteil muß sozusagen den Stempel der Steuerbehörde tragen, sonst fällt er dem Staate zu. Das hängt nicht unmittelbar mit den Ernährungsfragen zusammen, ich glaubte, es aber im Zusammenhang mit den Finanzverhältnissen, wie sie in Baden vorliegen, sagen zu sollen.

Und nun die Ernährung des Heeres und der Bevölkerung in der Heimat! Hier darf man wohl sagen: Wir haben in Baden leidliche und erträgliche Zustände. Ich sage das sowohl vom Standpunkt des Konsumenten, wie auch vom Standpunkt des Produzenten. Wir haben auch eine Regierung, die auf zahlreichen Gebieten wahrhaft großzügig vorgegangen ist. Ich meine da das Verfahren, daß man einfach ungelegt hat, daß man gesagt hat: Der Bezirk hat so viel und jener so viel aufzubringen, dieser hat dahin und jener dorthin zu liefern. Auf diese Weise sind wir beim Vieh, bei den Kartoffeln, bei den Eiern, bei der Milch und beim Fett vorgegangen. Wir haben nicht alles erreicht, was wir gern erreicht hätten, aber wir haben doch einen großen Teil erreicht, und ich bin überzeugt, wenn wir diese Organisation nicht als eine solche betrachten, die wir in einigen Monaten wieder aufheben — denn das geht nicht so schnell, auch wenn wir Frieden schließen — wenn wir daran denken, die Organisation so zu gestalten, daß sie auf eine längere Dauer berechnet ist, daß wir dann auch noch weitere Fortschritte erzielen werden. Ich bin aber auf der andern Seite auch der Meinung, daß, nachdem man diese Einrichtungen in großem Stile geschaffen hat, man im Detaillieren nicht allzuweit gehen darf — ich komme hernach noch darauf zurück — und daß man auch, wie vorherhin gesagt worden ist, nicht so unendlich viel schreiben soll über Dinge, die man leichter den Städten hätte allein überlassen können, wie die ganze Gemüse- und Obstgeschichte. In dieser Sache wird viel zu viel gearbeitet und geschrieben, und es wäre vielleicht klüger gewesen, wenn man gesagt hätte: Die Städte sollen sehen, daß sie ihren Gemüsebedarf selbst bauen oder sichern. Jetzt haben wir aber wieder alle möglichen Zwischeninstanzen, so daß man nicht weiß, was man machen soll, weil man nicht sicher ist, daß das, was man gemacht hat, auch durchgeführt werden kann, ob nicht eines Tages ein Strich dadurch gemacht wird.

Die direkte Verbindung, die beim Umlegungsverfahren geschaffen wurde zwischen dem Kommunalverbande,

der verzehrt, und dem der liefert, hat sich sehr gut bewährt, und es wäre nur zu wünschen, daß sich hier nicht 25 Instanzen immer wieder von außen hineinmischen, sondern daß man den beiden miteinander in Verbindung gesetzten Bezirken, dem Verbraucher- und dem Überschussbezirk, die nähere Regelung anheimstellt, damit klare und einfache Verhältnisse vorliegen und damit die Leute draußen auf dem Lande wissen, mit wem sie es zu tun haben und nicht durch Anordnungen von allen möglichen Seiten kopfscheu gemacht werden.

Wenn es möglich war, daß wir uns in Baden so leidlich durchgebracht haben — ich sage nicht: glänzend, ich weiß genau, daß es in der Stadt hart her geht, oft recht hart, daß die Städter manchmal nicht wissen, wo aus noch ein; sie sind aber manchmal selbst daran schuld — so haben wir das vor allem der Tätigkeit unserer Landwirtschaft zu verdanken. Das ist umso mehr anzuerkennen, als sie die Arbeit unter außerordentlich ungünstigen und schwierigen Verhältnissen geleistet hat. Sie hat sie geleistet, obwohl sie wenig Arbeitskräfte hatte, obwohl es an Gespann und Maschinen und namentlich auch an Düngstoffen gefehlt hat. Trotzdem hat die Landwirtschaft diese große Arbeit bewältigt, und die Bauersfrau, die in der Hauptsache mit den Kindern und Mägden die Arbeit bewältigt hat, verdient ein ganz besonderes Wort der Anerkennung dafür. Wir wollen nur hoffen, daß sie diese Last nicht mehr allzu lange tragen muß, weil es ihrer Gesundheit denn doch schließlich zu nahe geht (Sehr richtig!).

Es sind ja Auswüchse vorgekommen, die Bauern haben da und dort zu viel verlangt. Ja, es gehören aber immer zwei dazu. Die Städter sind hinausgegangen und haben mehr geboten. Es sind alle möglichen Leute darunter gewesen, alle möglichen Leute, an die man bei diesen Vorgängen gar nicht gedacht hätte. Das ist ja das Bittere an der ganzen Sache, daß eben dann kein Halt mehr ist auf der schiefen Ebene, wenn Leute mit schlechtem Beispiel vorangehen, die hier eigentlich mit gutem Beispiel vorangehen sollten (Sehr richtig!).

Wir haben für den nächsten Winter ein neues System bekommen, das von langer Hand her vorsorgt, und dieses neue System hat seine Grundlage in einer ganz andern Preispolitik. Die Preispolitik wiederum geht darauf hinaus, diejenigen Produkte im Preise zu heben, die vom Acker weg, wenn ich so sagen darf, oder vom Baume weg, also vom Felde weg direkt verzehrt werden können, also namentlich, um hier das typischste Beispiel zu nennen, die Kartoffeln und das Brotgetreide. Diese Artikel sind im Preise höher gesetzt worden, weil man sich sagt: Es ist nicht notwendig, daß man Kartoffeln und Gerste erst in der Form des Schweines verzehrt, daß man erst nach dreiviertel Jahren zu ihrer Verzehrung schreitet, sondern sie sollen unmittelbar in die Stadt gebracht und von den Verbrauchern unmittelbar verzehrt werden, ohne daß sie erst den Umwandlungsprozeß durch den Tiermagen hindurch gemacht haben. Das hat nun zwei Vorteile. Zunächst einmal kommt der ganze Kampf mit dem Verfüttern von Kartoffeln und Getreide an die Schweine nicht mehr in dem Maße zur Geltung, wie das bisher der Fall war. Das ist das eine. Zum andern erreichen wir dadurch, daß wir schneller Lebensmittel im nächsten Winter zur Hand haben werden. Ich bin durchaus der Meinung, daß man den Preis für Kartoffeln deswegen etwas in die Höhe setzen konnte, weil er auch vom Standpunkt

des Städters noch als mäßig, wollen wir einmal sagen, zu bezeichnen ist. Ich habe vor zwei Jahren einmal mehr bezahlt, als andere bezahlen wollten und bin dieserhalb angegriffen worden. Aber trotzdem haben wir in dieser Sache recht behalten. Wir wollen nur hoffen, daß es der Landwirtschaft trotz des Mangels an Düngstoffen gelingt, so viel Brot und Kartoffeln in diesem Jahr zu erzeugen, daß wir durchkommen können. Ohne die Kartoffeln geht es nicht. Die Kartoffel hat in früheren Zeiten den Hungersnöten ein Ende gemacht, und die Kartoffel allein ist imstande, uns über das nächste Jahr hinwegzubringen. Auch eine schwache Ernte ist dazu imstande, denn wir haben schon Kartoffelproduktionen von 40 bis 50 Millionen Tonnen im Jahr gehabt. Wenn wir auf den Kopf 3 Zentner Verbrauch rechnen — das ist fast ein Pfund im Tag und nach meinen Erfahrungen reichlich gemessen — so würden wir für die ganze Reichsbevölkerung, die landwirtschaftliche eingerechnet, etwa 11 Millionen Tonnen verbrauchen, das ist ein Drittel einer schlechten Ernte und ein Fünftel oder ein Sechstel von einer guten Ernte. Also an sich ist es unmöglich, daß wir mit den Kartoffeln nicht ausreichen, selbst dann, wenn es nicht gerade glänzend mit der Ernte aussieht.

Wenn bei den Saatkartoffeln nicht alles so gegangen ist, wie wir es gern gesehen hätten, so muß ich sagen, bei uns sind die Saatkartoffeln auch zu spät angekommen. Wir haben uns dann auf eine andere Weise geholfen. Das gehört jedoch nicht hierher. Immerhin haben wir erreicht, daß wenigstens Kartoffeln gepflanzt wurden; das war uns die Hauptsache. Die Saatkartoffeln, die noch hereinkommen, können wir noch gut brauchen. Es werden immer noch gepflanzt. Aber es wäre gut, wenn die Saatgutfrage, wie der Herr Kollege Weißhaupt gesagt hat, nicht wieder im letzten Augenblicke behandelt würde. Das könnten aber die landwirtschaftlichen Verbände am ehesten besorgen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir, sobald wir einmal die Ernte haben, möglichst schnell mit den Bauern abrechnen sollten. Damit ist die einzige Möglichkeit gegeben, aus dem Wirrwarr von Bestandsaufnahmen, von Auflagen polizeilicher Art und von Schreibereien hinauszukommen — damit, daß wir mit den Bauern nach der Ernte eine Generalabrechnung vornehmen. Wenn wir das nicht fertig bringen, dann haben wir über Frühjahr und Winter den alten Tanz, den wir jetzt gehabt haben. Deshalb bin ich der Meinung, daß wir in der Weise vorgehen sollten, daß wir gleich nach der Ernte aus den bäuerlichen Kreisen herausnehmen, was wir zu bekommen haben. Wenn ich den Herrn Abg. Weißhaupt recht verstanden habe, will er doch nur haben, daß der Bauer behalten dürfe, was er für sich und seine Wirtschaft benötigt — und das soll ihm auch bleiben. Auf der anderen Seite würde alles offen und ehrlich vor sich gehen und das wollen wir. Wir wollen nicht haben, daß der Bauer ¾ Jahre lang die Möglichkeit hat, hintenherum zu handeln. Es gibt eben nicht nur unter den Städtern schlechte Kerle, Herr Kollege Weißhaupt, es gibt solche auch unter den Bauern, sogar in Pfullendorf soll es welche geben (Seiterkeit).

Was nun die Preise für das Vieh betrifft, so ist das Absenken dieser Preise allerdings ein sehr starkes und ein radikales Mittel. Ich habe so die Meinung, wenn wir eines schönen Tages wieder Schweine brauchen, werden wir auf einen anderen Preis kommen müssen; vorläufig aber werden wir nicht an die Frage des Erfazes

unserer Schweine kommen können, denn die Kartoffeln werden wir selber essen, das Getreide auch; da müssen wir froh sein, wenn wir unseren Großviehbestand durchbringen. Diesen müssen wir aber durchbringen. Denn den nötigen Großviehbestand wieder heranzuziehen, dazu brauchten wir 20 Jahre. Wir dürfen es niemals dahin kommen lassen, daß wir zu sehr unter unserem Großvieh wüten, dieses Vieh müssen wir unter allen Umständen halten, möge kommen, was da wolle. Hier haben wir das Fundament unserer ganzen großen landwirtschaftlichen Leistung und Erzeugung.

Ganz anders dagegen ist es mit den Schweinen. Wenn es in dieser Beziehung auch einmal ein bißchen übel aussieht, brauchen wir die Sachlage nicht so trüb anzusehen: vorausgesetzt, daß wir nur das nötige Futter heranschaffen, werden wir nach Schluß des Krieges ein Jahr oder zwei brauchen, um diese Verhältnisse wieder in Ordnung zu bringen.

Nun noch ein Wort zu einer Pflanze, die wir nicht verzehren, sondern verrauchen: ein Wort über unseren Tabak. Ich habe die Angelegenheit des Tabaks auch etwas verfolgt. Zuzugeben ist, daß der Preis, den die Bauern bekommen, recht schön ist; aber dennoch möchte ich eines sagen: Offenbar haben eben die Händler doch noch ganz andere Geschäfte gemacht, als unsere Bauern. Und dieser Erscheinung gegenüber stehe ich auf dem Standpunkt, daß, wenn der Tabak schon teuer ist, daß dann auch alles dem Bauern gehören soll, nicht aber dem Händler. Es hat mich aufs tiefste erzürnt, wie ich hörte — ich glaube, es war voriges Jahr —, daß noch einmal die Händler geradezu unsinnige Gewinne an dem Tabak gemacht haben. Wer hat denn die Hauptarbeit an dieser Pflanze. Unsere Bauern haben gearbeitet! Was der Händler gearbeitet hat, ist im Vergleich dazu nicht der Rede wert, jedenfalls hätten sie dafür nicht solche unsinnige Gewinne verdient. In dieser Angelegenheit bin ich der Meinung, daß unsere Regierung erst an den Bauern denken soll, und dann erst an den Händler.

Nun habe ich vorhin gesagt: wie wollen auch an die Zeit nach dem Kriege denken, und zwar wollen wir diese Frage sehr energisch ins Auge fassen. Nach dem Kriege werden wir keine schönen Verhältnisse haben. Hungersnöte sind meist auf Kriegsjahre gefolgt; die großen Kriege vor 100 Jahren haben wir von bitteren Hungersnöten gefolgt gesehen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß heute ca 3 bis 4 bis 5000 Wagenladungen im Tag an Gütern versenkt werden, ohne die Schiffe, dann können wir uns vorstellen, was das für eine ungeheure Verarmung innerhalb der ganzen Weltwirtschaft bedeutet, wenn dieser Zustand sich noch um ½ Jahr fortsetzt. Heute schon sind wir ja so weit, daß die schönste Ernte in Indien oder sonstwo nichts nützt, weil wir keinen Schiffsraum, keine Verkehrsmittel haben, sie hereinzubekommen. Die Schwierigkeiten in dieser Beziehung werden immer größer werden. Wenn es so weitergeht, werden wir mit zweierlei Schwierigkeiten zu kämpfen haben: erstens mit einer völligen Verarmung in vielen Teilen der Welt und zweitens dann mit einem Mangel an Verkehrsmitteln, die dazu dienen könnten, allenfalls noch überschüssende Güter heranzutransportieren dorthin, wo sie fehlen. Wir werden also sogar Schwierigkeiten haben, Lebensmittel, die wir teuer bezahlen, hereinzubekommen. Und gegenüber diesem Ausblick gibt es nur ein Mittel: die Hebung unserer eigenen Produktion und die Hebung der Produktion unserer Verbündeten. Da meine ich nun,

sollte die Regierung mit dem Gedanken vorgehen, der vorhin hier erwähnt wurde: Vor allen Dingen wird es sich darum handeln, der Landwirtschaft mit Düngemitteln zu mäßigen Preisen zu helfen. Das ist eine Hauptsache; wenn diese Forderung nicht erfüllt wird, kann es uns nicht gelingen, die Produktion in dem erforderlichen Maße zu heben.

Dann wird die Landwirtschaft Maschinen brauchen, sie wird Strom brauchen — ich habe das schon einmal ausgesprochen — damit sie billig arbeiten kann. Infolge der vielen Invaliden wird es ihr an Arbeitskräften fehlen; daran müßte heute schon gedacht und heute schon müßte auf Abhilfe gesonnen werden. Ich betone nochmals: nur die eigene Landwirtschaft kann uns über die nächsten Jahre hinaus helfen — nur die eigene, nicht eine fremdländische Landwirtschaft. Ich bin ohnehin gar nicht dafür, daß wir um jeden Preis den Handel mit der ganzen Welt wieder aufnehmen, wie das früher der Fall war.

Im Zusammenhang damit steht ein Gedanke, den ich schon in der Kommission angeregt habe: wir sollten wissen, wo wir in Baden noch Land haben, das urbar, das nutzbar gemacht werden könnte. Ich habe schon das Pföhrener Ried genannt. Ich bin der Meinung, daß wenn diese Fläche urbar, nutzbar gemacht würde, man darauf soviel Vieh halten könnte, als nötig wäre, um eine Stadt, wie etwa Konstanz völlig mit Milch zu versorgen. In Mittelbaden haben wir im Gebiete der Rench ähnliche Zustände. Jetzt kann die Regierung die Maßnahmen nicht durchführen, die erforderlich sein werden; aber sie kann eines tun, sie kann die Zustände und die Möglichkeit der Abhilfe feststellen. Damit wäre so viel gewonnen, daß man nach dem Kriege gleich beschließen könnte. Die Beschaffung von Lebensmitteln für unser Volk ist eine Frage von so großer Wichtigkeit, daß es wirklich nicht darauf ankommen kann, ob man dafür ein paar Millionen aufwendet. Man muß nur das bedenken: wenn der Krieg zu Ende ist, werden die Leute meinen, jetzt ist es Schluß mit dem Krieg und jetzt gibt es also wieder soviel zu essen, wie wir vorher gegessen haben. In dieser Beziehung aber werden sich die Leute bitter täuschen. Gegen üble Enttäuschung auf diesem Gebiete, gegen Vorwürfe können wir uns dadurch schützen, daß wir in der Lage sind zu sagen: wir haben unsere Schuldigkeit voll getan und nach Möglichkeit die Produktion gehoben.

Zur Frage der Hebung unserer Produktion muß allerdings hinzutreten die Frage einer richtigen Bewertung des produzierten. An der Lösung dieser Frage hat es bisher in den Städten sehr gefehlt, muß ich sagen. Unsere Bevölkerung hatte vielfach früher einen Speisezettel, auf dem stand Käse, Wurst, Brot und Flaschenbier. Das hat nicht nur dem Gesundheitszustand der Leute nicht gut getan, sondern es hat hauptsächlich dazu geführt, daß viele der Frauen, die allerdings auch arbeiten müssen, im Haushalt nicht viel anzufangen wissen. Das Haushalten ist gegenwärtig ohnehin schwierig, namentlich solange man wenig Fett hat. Und deshalb müssen wir nach dem Kriege energisch einsetzen mit einer gründlichen hauswirtschaftlichen Ausbildung, indem wir die Mädchen einfach zwingen, auf diesem Gebiet sich ein gewisses Maß von Können anzueignen, nachher dann ein Examen zu machen; wer das nicht besteht, muß einfach noch ein Jahr in die Schule. Das wäre die richtige Ergänzung zu jener Frage der Produktionssteigerung.

Bei aller Anerkennung, die ich für die Tätigkeit der Regierung hege, muß ich aber zur Frage des Schreibens noch ein kritisches Wort sagen. Ich bin immer noch der Auffassung, daß zu viel geschrieben wird. Vorhin, gelegentlich der Kartoffeln, habe ich schon gesagt, wie man aus einem Teil dieser Vielschreiberei herauskommen könnte. Meines Erachtens hat auf dem Lande dieses viele Schreiben viel mehr Ärger und viel mehr Verbitterung bereitet als die eigentlichen materiellen Auflagen, von denen die Leute eben wissen, daß sie schließlich durchgeführt werden müssen. Wir wollen uns klar sein, daß alle die vielen Schriftstücke, mit denen wir bombardiert werden — mögen sie kommen woher sie wollen — bei einer Zentrale zusammenlaufen; das ist letzten Endes der Bürgermeister, und sei es der kleinste Bauernbürgermeister. Bei dem laufen sie zusammen — er soll die Anordnungen durchführen. Es ist aber bald nicht mehr möglich, die Papiermassen zu bewältigen, die bei den Bürgermeistern einkommen. In einer ähnlichen Lage befinden sich die Amtsvorstände. Auch diese Herren sehen bald nicht mehr über die Masse von Arbeit hinaus, die ihnen zugemutet wird. Sie haben nur ein verhältnismäßig schwaches Personal und durch die unendliche Anzahl von Zuschriften werden sie nur unsicher und unselbständig. Sie haben das Beispiel mit dem Topinambur gehabt. Wenn in dieser Angelegenheit die Herren, wir wollen einmal sagen, freien Kopf gehabt hätten, dann hätten sie die Angelegenheit so behandelt, daß sie durch ihre Preisprüfungsstellen die Preise festgesetzt hätten; sie hätten es nicht so weit kommen lassen, daß mit dieser einfachen Pflanze ein so unerhörter Wucher getrieben worden wäre, wie das tatsächlich vorgekommen ist.

Dann müssen Sie bedenken, mit was allem die Bürgermeister zu tun haben: mit der Menschenaushebung, mit der Pferdeaushebung, sie haben zu tun mit der Bestellung der Felder, sie müssen nachsehen, daß jeder seinen Acker in Ordnung hat, sie müssen Gespanne gegenwärtig stellen, sonst können die Leute nicht pflügen. Dazu rechnen Sie nun das Schreibwerk über unendlich viele Sachen: Brot, Getreide, Vieh- und Schweinelieferung, Milch, Eier und Fettlieferung, dann beispielsweise die zahlreichen Berichte über die Ernte; wir sind mindestens fünfmal angefragt worden, wie es eigentlich mit den Hülsenfrüchten steht, alle Augenblicke kam eine andere Epistel in dieser Angelegenheit. Dann hat man zu tun mit den Bestandsaufnahmen: da ist ein geradezu unerhörtes Schreibwerk zu leisten. Was nur in dieser Sache unnötigerweise geschrieben und an Verwirrung angerichtet worden ist, davon hat der Außenstehende nicht die mindeste Ahnung! Dann ist zu bedenken, wie sich die Vorschriften häufen: kaum war etwas, ein Erlaß da, so kam am nächsten Tag ein neues Stück Papier, auf dem eine „Ergänzungsvorschrift“ stand, wieder am nächsten Tag kam eine „Vollzugsvorschrift“; dann kam etwas vom Bezirksamt und dann kamen sonst woher noch andere Anordnungen — bis kein Mensch mehr darüber hinausgesehen hat. Das größte und unklarste Schreibwerk ist bei der Durchführung der verschiedenen Kupferbeschlagnahmen geleistet worden. Nach einem Jahr sind wir dann angefragt worden, ob wir die Angelegenheit erledigt hätten; dabei hatten wir sie schon vor Jahresfrist erledigt. Es scheint demnach, daß einzelne Bezirksverbände recht lang gebraucht haben, sie zu erledigen, sie sind wahrscheinlich gar nicht rechtzeitig daran gegangen. Diese Schreibereien, Erhebungen und statistischen Berichte sind zu kompliziert. Jeder meint, je komplizierter er die Erhebungsbogen macht, desto besser sei es; dabei ist es naturgemäß immer schlimmer ge-

worden. Es ergibt sich schließlich ein solches Maß von Arbeit, daß ein einfacher Mann auf dem Lande es nicht mehr machen kann. Die Herren sollten sich klar sein, daß mit jeder neuen Verfügung der Rechtszustand immer unübersichtlicher wird. Je mehr geschrieben wird, desto unklarer wird doch die Sache. Wenn über dieselbe Sache drei Aufnahmen gemacht werden, so fällt die erste vielleicht leidlich aus, die zweite wird schon schlecht, und die dritte wird miserabel werden. Es ist kein anderer Gang in diesen Dingen möglich; die Leute können es nicht machen, wie man es oben sich vorstellt. Der betreffende Beamte, der oben arbeitet und die Anordnung erläßt, müßte sich vor allem über eines klar sein: daß er nur einen einzigen Gegenstand zu behandeln hat. Draußen bei dem Bürgermeister aber da läuft alles zusammen; aus allen Kanälen strömt das Papier zusammen, bis so viel beisammen ist, daß er sich über die Geschäfte nicht mehr zu orientieren weiß.

Es ist das keine Kritik, es ist lediglich eine Sache, die einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden muß. Ich bin überzeugt, man wird sich auch bei der Großh. Regierung bemühen, nach Möglichkeit zu helfen. Die Versuchung zu schreiben, ist scheint mir sehr groß (Seiterkeit), aber manchmal muß man auch diese Versuchung überwinden und muß sich sagen, wenn man etwas hingelegt bekommt: es ist besser, ich schreibe in den nächsten 8 Tagen noch nicht, ich will warten, wie die Sache weitergeht.

Würde man gleich im Herbst die großen Arbeiten richtig anfassen, im Frühwinter, wo die Landwirte Zeit haben, die Unterlagen, namentlich die Zahlen sammeln, dann müßte dieses Trommelfeuer an Papier nicht im Frühjahr kommen; es könnte dann im Herbst und Winter, in der ruhigen Zeit, erledigt sein.

Noch ein Wort: Vorbereitung von langer Hand, wenn ich so sagen darf. Wir wollen nur hoffen, daß die bisherigen Erfahrungen dazu führen, daß man im Herbst klare übersichtliche Verhältnisse schafft. Nocheinmal möchte ich den Gedanken unterstreichen: die kleinen Nationen im Winter, die großen gegen Frühjahr. Dadurch erreicht man zweierlei: daß wir in der nahrungsmittelpoorsten Zeit gegen Ende des Winters und gegen Frühjahr etwas mehr geben können und zweitens vermeiden wir dadurch die große Schwierigkeit, die entsteht, wenn die Nationen heruntergesetzt werden müssen. Wir erreichen, daß wir dieser Schwierigkeit aus dem Wege gehen können; die Nationen müßten so mäßig bemessen werden, daß sie mindestens das Jahr hindurch festgehalten werden können und keinesfalls zurückgehen.

Dann möchte ich die Regierung bitten im Versprechen vorsichtig zu sein. Die 5 Pfund Kartoffeln, die wir versprochen bekamen, haben wir immer noch nicht. Wir werden sie wohl auch nicht bekommen. Wir wären zufrieden gewesen, wenn man uns nur drei Pfund versprochen und dann auch wirklich geliefert hätte. Es ist immer die Gewohnheit und das Bestreben, daß man die Kommunalverbände sozusagen aushungern will. Bei den Kartoffeln ist der Versuch gemacht worden uns — weil wir eine kleine Reserve gehabt haben, von einigen Wagenladungen die sehr gut untergebracht waren — zu zwingen, daß wir diese einzehren. Wozu? Wir haben uns diese Reserve geschaffen, indem wir weniger verbraucht haben. Wir haben sie mit großen Kosten so untergebracht, daß sie bis Juli gut halten kann — und jetzt werden wir doch nicht so töricht sein, sie lediglich deshalb einzuzehren, weil es einem Beamten oben so paßt.

Ich meine nochmals, man sollte im Versprechen vorsichtig sein und nur soviel, aber nicht mehr versprechen, als man auch glaubt halten zu können. Ich weiß wohl, auf diesem Gebiet richtet sich meine Bemerkung mehr gegen die Reichsregierung als gegen die badische Regierung; denn diese ist ursprünglich sehr vorsichtig gewesen.

Vorhin war nun noch die Rede von der Fleischzulage. Diese Fleischzulage sollte zu ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt werden, und ihre Gewährung hat allerdings zu ganz unerhörten Zuständen geführt. Ich habe immer noch die Hoffnung, daß die Regierung Wege findet, um die Kommunalverbände zu entschädigen, die richtig verfahren sind. Ich glaube, der bestimmten Erwartung Ausdruck geben zu sollen, es werde anerkannt werden, daß die Verbände ordentlich und korrekt verfahren sind, welche zwischen Besser- und Minderbemittelten unterschieden und den ersteren die Preisermäßigung für die Zulage versagt haben. Es ist doch kein Zustand, daß man allen Leuten die Fleischzulage zu ermäßigtem Preis gibt. Diejenigen Kommunalverbände, die geteilt haben zwischen Minderbemittelten und Wohlhabenden, sind nach meiner Ansicht allein auf dem richtigen Wege gewesen. Sie haben etwas geschaffen, was man anerkennen sollte. Statt dessen sind wir immer noch in der Lage, daß wir dafür gestraft werden sollen. Das darf nicht sein. Wir müssen Wert darauf legen, anerkannt zu sehen, daß wir richtig verfahren sind und daß der Herr Minister die Ungerechtigkeit ausgleicht. Ich vertraue auf seinen Gerechtigkeitssinn, es werde ihm gelingen, aus diesem Zustand uns irgendwie herauszuführen. Die Schuld hängt nicht an ihm; aber ich glaube, die Möglichkeit zu helfen, liegt bei ihm.

Nun war noch die Rede davon, daß die Lebensmittelfragen behandelt werden unter Beihilfe eines parlamentarischen Organs, des Ernährungsbeirates. Ein solcher parlamentarischer Beirat ist ein Organ, hat der Herr Minister gesagt, das man hört oder nicht hört, er ist ein Organ, dessen Ratschläge man befolgen kann oder nicht befolgen kann. In der „Straßburger Post“ stand aber eines Tages, daß eine Maßnahme getroffen worden sei „im Einverständnis mit dem Ernährungsbeirat“. Ich meine, man sollte verhindern, daß der Ernährungsbeirat eine Verantwortung aufgeladen bekommt, die ihm eigentlich gar nicht zukommt, denn der Ernährungsbeirat ist ein Organ, das im Verborgenen blüht: dort soll man ihn aber dann auch blühen lassen. Nicht aber soll man den Eindruck aufkommen lassen, als ob er für die Maßnahmen der Regierung verantwortlich wäre.

Dagegen scheint die Regierung keine richtige Meinung davon zu haben, wie der Ernährungsbeirat eigentlich zusammengesetzt ist. Von unserer Fraktion war der Kollege Schön in diesen Beirat entsandt. Eines Tages, als der von uns für Herrn Schön bestellte Stellvertreter erschien, hat man dem gesagt, er habe eigentlich nichts darin zu suchen. Das entspricht nicht der Stellung eines parlamentarischen Beirats. Wenn er bestellt ist, so kann ihn ja die Regierung daheim lassen, wenn ihr das Vergnügen macht, aber wenn sie ihn einmal kommen läßt, dann hat sie ihn auch so zu nehmen, wie er ist — und auch wenn der Kollege Böcklin aus Baden-Baden darin ist, statt des Abg. Schön aus Donaueschingen.

Und nun noch ein paar Kleinigkeiten, die auch in diesen Rahmen gehören.

Zunächst handelt es sich um die Holzbejahung. Über diese Frage haben wir eine Korrespondenz mit der

Forst- und Domänenverwaltung und dem Herrn Finanzminister geführt. Die Forst- und Domänenverwaltung hat sich dann am 7. März 1917 zu einem längeren Erlaß aufgeschwungen. Aus dem Erlaß aber sieht man, daß sie noch nicht viel mit der Kriegswirtschaft zu tun gehabt hat. Er bewegt sich noch ganz in alten Ausdrücken und Wendungen. Es findet sich z. B. der Satz, daß vom „Mitbieten auf kleine Lose die Händler tunlichst abzuhalten seien“. Wenn jetzt im Krieg noch mit „tunlichst“ gearbeitet wird, dann tut man gut, anzunehmen, daß „tunlichst“ nichts geschieht. In dieser Frage hätte man überhaupt den Gemeinden mit gutem Beispiel vorangehen soll. Statt dessen hat man gesagt, die Gemeinden sollten sich selber helfen. Wo es möglich war, hat man sich auch geholfen. Wir haben aus unserem Wald herausgeholt, was zu holen war. Wir hätten aber allen Ernstes erwarten dürfen, daß die Regierung sich nicht erst eines solchen blaffen verwachsenen Erlasses bedient, um die brennende Brennholzfrage zu behandeln, die noch brennender wird im nächsten Winter, weil wir dann noch weniger Brennholz zu erträglichen Preisen haben werden. Ich meine, in dieser Brennholzfrage sollte der Herr Minister des Innern mit seinem Kollegen vom Finanzministerium noch einmal in Verhandlungen eintreten. Ich meine, der badische Staat müßte hier anderen ein gutes Beispiel geben, denn hier hat er die schönste Gelegenheit dazu.

Ich sage übrigens ausdrücklich „die Brennholzfrage“, die Bauholzfrage interessiert uns hier nicht, da dieses Holz außer Landes geht.

Auch in anderen Geschäftszweigen, die dem Finanzministerium angegliedert sind, herrscht ein ähnlich mangelhaftes Verständnis für wirtschaftliche Schwierigkeiten. Uns ist eines Tages folgender Fall passiert — ich bringe ihn hier vor, damit er uns nicht noch einmal passiert — mit der Großh. Zoll- und Steuerdirektion. Man hat da einen Konstanzener Zimmermeister wegen eines Betrags von 36 Mark, die er für Gebäudeversicherung schuldet, zwangsversteigern wollen. Der Mann war auch der Stadt Konstanz etwas schuldig und wir hatten ihn vor dem Krieg betrieben; der Mann steht jetzt aber im Militärdienst und steht nicht in guten wirtschaftlichen Verhältnissen. Wir haben daher das Verfahren eingestellt, weil wir eingesehen haben, daß man einen Mann, der im Krieg ist, und nach dem Krieg vielleicht wieder auf eigene Füße kommen kann, nicht während des Krieges zwangsversteigern darf. Ich habe nun der Zoll- und Steuerdirektion geschrieben, sie solle Zwangsmassnahmen wegen der Feuerversicherungsbeiträge unterlassen. Aber wir bekamen zur Antwort — und zwar im Benehmen mit dem Finanzministerium — der Herr Minister war in jener Zeit nicht da — die Zoll- und Steuerdirektion sei nicht dazu in der Lage; wenn wir als die Besitzer der ersten Hypothek des Hauses die 38 M. nicht zahlten, das sei immer so üblich gewesen, so müsse, so leid ihr das tue, eben vollstreckt werden. Das kann und darf der Staat nicht machen. Das hat der Herr Finanzminister auch sofort eingesehen. Als er zurückgekommen war, und wir schrieben, wir würden die 38 M. nicht zahlen, hat er uns geschrieben, er habe die Gebäudeversicherungsanstalt noch einmal gehört, ob für ihre Vermögenslage die Betreibung in solchen Fällen von Belang sei (Seiterkeit), und sie habe jetzt davon abgesehen, den Mann zu vollstrecken. Also passiert im Krieg 1914/17.

In dieses Kapitel gehören auch die kaufmännischen Kriegsgesellschaften. Wenn ein Kaufmann

ein Bürokrat wird, wird er ein ganz gehöriger Bürokrat. Diese Erfahrung zu machen haben wir verschiedentlich Gelegenheit gehabt, so mit der Sauerkrautgesellschaft. Wenn wir auf sie gehört hätten, dann hätten wir in Konstanz kein Sauerkraut zu essen gehabt, wir haben aber nicht auf sie gehört und so sind wir zu Sauerkraut gekommen. Es ist das dieselbe Gesellschaft, von der behauptet worden ist, sie habe in Görlitz Sauerkraut gekauft für 21 M., es nach Liegnitz kommen lassen, dann nach einiger Zeit wieder nach Görlitz zurückgeschickt und für 49 M. verkauft. Das ist doch gewiß ein sehr anständiger Gewinn. Diese Kriegsgesellschaften haben alle große Gewinne gemacht. Wenn die Kriegsgesellschaft keinen großen Gewinn gemacht hat, dann ist das eine Sache, über die man Erhebungen machen müßte. Die Kriegsgesellschaften sind, wie die Regierung sagt, gemeinnützige Gesellschaften. Ich glaube das; die Leute draußen im Lande glauben es aber nicht, sie sagen: das ist nicht wahr! Und diese Vermutung hat einen Schein von Begründung für sich, weil die Gesellschaften es nicht verstanden haben, bei der Weitergabe ihrer Waren einer unnötigen Preissteigerung entgegenzuwirken. Es besteht deshalb großes Mißtrauen gegen sie. Und wenn Herr von Batocki neulich Stellung genommen hat gegen die Bemerkung über die Klubesseln der Gesellschaften, so wäre es besser gewesen, wenn er einmal gesagt hätte — man kann dem deutschen Volk jetzt doch wirklich die Wahrheit sagen (Zustimmung auf allen Seiten) — soviel hat diese Gesellschaft ausgegeben, soviel hat sie eingenommen, so groß ist ihr Gewinn. Das ist das einzige Mittel, um Klarheit zu schaffen und das Mißtrauen zu beseitigen. (Abg. Kolb: Bei der Landwirtschaftskammer wäre das auch gut!). Bei der Landwirtschaftskammer könnte das auch nichts schaden. — Es sind noch andere Gesellschaften da, über die ich aber nicht reden will, ich will nur sagen: Aufklärung wäre bei den Kriegsgesellschaften sehr vonnöten.

Bisher haben wir nur von Ernährungsfragen geredet und damit im Zusammenhang auf der einen Seite von den Landwirten, auf der anderen Seite von den Verbrauchern. Ich möchte nun noch von einer anderen Gruppe unserer Bevölkerung sprechen.

Die Landwirte haben sich im Kriege erholt. Es ist nicht so, wie der Herr Kollege Weibaupt vorhin behauptet hat, daß man für die Landwirtschaft nur widerwillig etwas bewilligt habe. Im Gegenteil, wir haben immer mit Feuereifer bewilligt, was die Großh. Regierung verlangt hat. Ich glaube, es ist in zehn Jahren nicht vorgekommen, daß man in diesem Hause etwas abgelehnt hat, was für die Landwirtschaft vorgeschlagen war. Ich kann mich erinnern, daß auch die Herren von der Sozialdemokratie sich sehr dafür eingesetzt haben, daß man etwas tut zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion. Heute sind wir einig darin, daß, wenn wir nicht so viel für die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion getan hätten, wir während des Krieges zugrunde gegangen wären. Sehr schlecht aber ist es dem Mittelstand gegangen, und wenn er sich während des Krieges vielfach notdürftig über Wasser gehalten hat, so kommen nach dem Kriege die Nachwehen in schwerster Form. Er hat einen Prozeß durchgemacht, den wir in der Landwirtschaft vermieden haben, nämlich daß er sein ganzes Arbeitsmaterial verloren hat. Wenn Sie heute zu einem Handwerker kommen, so hat er vielleicht noch sein bißchen Handwerkszeug und Geräte aber kein Material. Und wo soll er es nach Kriegsschluß kaufen? Er wird es nir-

gends bekommen, und es wird ihm an allen Dingen fehlen. Und wenn Sie zu einem Kaufmann kommen, der etwa mit Unterhosen und Strümpfen gehandelt hat, gewiß, der Mann hat an seinem Lager Geld verdient, aber er hat jetzt nichts mehr davon, er hat es versilbert und auf die Sparkasse getragen und Kriegsanleihe genommen, aber er hat nichts mehr von seinen Waren, seine Bestände sind geräumt. Der Staat will jetzt zusammen mit den Kreisen den Leuten Geld borgen. Ich will hoffen, darüber wird noch geredet werden, daß die Sache so wird, daß man nicht einen Haufen Papiere über die Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit des Mannes verlangt, sondern daß man die Leute taxiert und sagt: das ist ein ehrlicher Kerl, wir wollen ihm auf sein ehrliches Gesicht borgen und helfen. Viele werden doch zugrunde gehen, und oft wird das Geld verloren gehen, aber wir werden von 100 vielleicht doch 90 aus ihren Schwierigkeiten herausziehen können. Die Schwierigkeit liegt vor allem darin, daß der Mann nichts hat, um wieder anfangen zu können; er hat nichts, was er verarbeiten und was er verkaufen kann, daran wird es vor allen Dingen fehlen. Wir da zu helfen ist, das möge sich die Großh. Regierung einmal durch den Kopf gehen lassen. Besonders empfehle ich der Forst- und Domänenverwaltung, sie möge sich durch den Kopf gehen lassen, wie es wäre, wenn sie einmal einen größeren Bestand Holz machen und sägen und trocknen ließe und so einen Vorrat schaffen würde, damit nach dem Kriege die Leute, die Holz verarbeiten, wieder anfangen können. Die Sache wird ja wohl schwer sein, da unser Holzbestand gegenwärtig so stark beansprucht wird, aber trotzdem ist es ganz am Platze, schon während des Krieges wenigstens die ersten Schritte zu tun, um für die Vorräte zu sorgen. Der Teil des Mittelstandes, der während des Krieges mit am schwersten leidet, ist der Hausbesitzerstand. Ich glaube aber, er wird nach dem Kriege seine schwierige Lage überwinden, weil in dem Augenblick, wenn wir eine günstige Entwicklung nehmen, — ich sage nicht „Aufschwung“, sondern „Entwicklung“ — es notwendig sein wird, daß wir für die zuwachsende Bevölkerung bauen. Wir werden vielleicht um das Doppelte des früheren Preises bauen, vielleicht, wenn es gut geht, um das Aunderthalbfache. Und das bedeutet, daß sich jede alte Hütte den neuen Werten anpaßt, die Häuser werden im Preise stark in die Höhe gehen. Vielleicht wird dadurch eine Sanierung des Hausbesitzes eintreten, die man dazu benützen könnte, die bisherigen Hypotheken in Bausch und Bogen zu Amortisationshypotheken umzuwandeln. Das wäre sehr wichtig, da bisher der Hausbesitz nie an seinen Häusern abgeschrieben hat.

Mit der allgemeinen günstigen Lage der Industrie hängt die Lage der Arbeiter zusammen. Diese haben es am leichtesten verstanden, soweit es sich um die Löhne handelt, sich den Verhältnissen anzupassen. Sie haben sich gewehrt und Lohnverbesserungen erzielt, die ihnen

zu gönnen sind. Über die Lage der Arbeiter ist daher heute wenig zu sagen; man wird dafür sorgen müssen, daß nach dem Krieg genügend Arbeit vorhanden ist für die Industrie, und daß dann die Arbeitsverhältnisse so eingerichtet werden, daß wir an der Arbeiterschaft — da sie die Hälfte unserer Bevölkerung ausmacht, ist das außerordentlich wichtig — ein Element finden, das tüchtig mithilft an dem Neuaufbau unseres Staatswesens.

Wenn wir aus der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft zurückkehren, wird es wohl so kommen, daß man zum Teil als Friedenswirtschaft die Kriegswirtschaft in verstärktem Maße fortsetzt. Wir werden keinen Gemüsehandel mehr treiben, keinen Kleiderhandel, Lumpenhandel oder Papierhandel, aber ich bin überzeugt, daß wir über die öffentliche Bewirtschaftung des Getreides, der Kartoffeln, des Fleisches usw. nicht hinauskommen werden. Nehmen wir z. B. einmal an, das Getreide koste nach dem Krieg im neutralen Ausland 60 Franken der Doppelzentner, um diese Münze zu nehmen, oder noch mehr, 70 Franken, oder sagen wir 50—60 M., mithin doppelt so viel als bei uns. Dann möchte ich den Staatsmann sehen, der einfach die Grenze aufmacht und sagt: Holt Getreide herein! Das hätte die Folge, daß unsere Inlandspreise sofort auf die gleiche Höhe hinaufgingen, und zum anderen hätte das zur Folge, und das ist der springende Punkt, an dem nach Kriegsschluß mehr als einer das Kreuz brechen wird, und das muß unbedingt verhindert werden, daß die Besteuerung unseres Volkes, die wir durchgemacht haben beim Übergang von der Friedenswirtschaft in die Kriegswirtschaft, nun noch einmal geschieht, wenn wir aus der Kriegswirtschaft wieder hinausgehen (Mehrfache Zustimmung). Und nehmen wir den umgekehrten Fall: Wir setzen die Kriegswirtschaft noch zwei Jahre fort und haben dann einen Weltmarktpreis von 15 M. für den Doppelzentner. Wird dann einer von Ihnen den Mut haben, und sagen: Wir machen jetzt die Grenze auf. Das bringen wir erst recht nicht fertig, denn wenn wir es machen würden, so würden wir die ganzen Produktionsbedingungen unserer deutschen Landwirtschaft über den Haufen werfen. Machen Sie sich also darauf gefaßt, daß wir aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft hinübergehen — so stelle ich mir wenigstens die Sache vor —, indem wir die Kriegswirtschaft noch in verstärktem Maße ausbauen. Es ist nur zu hoffen, daß unsere Staatsmänner mit der nötigen Kraft die erforderlichen Maßnahmen treffen, um über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Ein Volk ist gut zu regieren, wenn es weiß, daß es eine starke Regierung hat. Eine solche Regierung möchte ich unserem Volke wünschen, denn dann bin ich überzeugt, wird unser Volk im Frieden eine gute Entwicklung nehmen (Beifall).

Hierauf wird abgebrochen.

Schluß der Sitzung nach 1/28 Uhr.

Rednerverzeichnis umstehend.

Rednerverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge:	
Präsident Rohrhurst	161
Mündlicher Bericht der Budgetkommission und Beratung über die Nachweisung über die Verwendung der im außerordentlichen Landtag 1915 und im ordentlichen Landtag 1915/16 bewilligten Kriegskredite sowie die einschlägige Petition:	
Berichterstatter Abg. Rebmann (natl.)	161
Abg. Weißhaupt (Zentr.)	180
Abg. Dietrich (natl.)	199

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen der Zweiten Kammer: Dr. Max Dittler.
 Druck und Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei. Beide in Karlsruhe.